



Stadtratssitzung

Donnerstag, 22. März 2007, 17.00 und 20.30 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Büro des Stadtrats; Ersatzwahl	---
2. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS); Ersatzwahl	---
3. Agglomerationskommission (AKO); Ersatzwahl	---
4. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 4 vom 1. Februar 2007)	---
5. Dringliche Motion Erich J. Hess (JSVP): Freie Fahrt für den Rotkreuz-Fahrdienst im Interesse der Menschen mit eingeschränkter Mobilität! (SUE: Hügli)	07.000047
6. Kleine Anfrage Beat Gubser (EDU): Sparen bei den Ludotheken? (BSS: Olibet)	07.000066
7. Strategie für die städtische Kulturförderung sowie Beiträge an den Betrieb kultureller Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abstimmungsbotschaft) (SBK: Berger / PRD: Tschäppät)	06.000114
8. Motion Fraktion FDP (Philippe Müller) vom 22.04.2004: Gegen falsche Signale in der Dampfzentrale – für eine lebendige Kulturpolitik; Abschreibung Punkt 2 (SBK: Bader / PRD: Tschäppät)	04.000305
9. Motion Fraktion FDP (Stephan Hügli-Schaad/Dolores Dana): Fusion der Museen Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum Bern (PRD: Tschäppät)	05.000231
10. Motion (Richtlinienmotion) Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann, GFL) vom 05.12.2002: Klee-Zentrum und Berner Kunstmuseum: Gemeinsame Ausrichtung – gemeinsame Struktur – gemeinsame Leitung; Bericht (02.000520) (PRD: Tschäppät)	---
11. Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Stefanie Arnold, GB): Städtische Kulturförderung unter der Gleichstellungslupe (PRD: Tschäppät)	06.000182
12. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP): Kultur der Migrantinnen und Migranten fördern und sichtbar machen (PRD: Tschäppät)	06.000260

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 10	411
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	413
Mitteilungen des Präsidenten	414
Traktandenliste	414
Dringlicherklärungen	414
1 Büro des Stadtrats; Ersatzwahl	414
2 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS); Ersatzwahl	414
3 Agglomerationskommission (AKO); Ersatzwahl	415
4 Protokollgenehmigung	415
5 Dringliche Motion Erich J. Hess (JSVP): Freie Fahrt für den Rotkreuz-Fahrdienst im Interesse der Menschen mit eingeschränkter Mobilität!	415
6 Kleine Anfrage Beat Gubser (EDU): Sparen bei den Ludotheken?	423
7 Strategie für die städtische Kulturförderung sowie Beiträge an den Betrieb kultureller Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abstimmungsbotschaft)	424
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr	439
7 Fortsetzung: Strategie für die städtische Kulturförderung sowie Beiträge an den Betrieb kultureller Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abstimmungsbotschaft)	440
8 Motion Fraktion FDP (Philippe Müller) vom 22.04.2004: Gegen falsche Signale in der Dampfzentrale – für eine lebendige Kulturpolitik; Abschreibung Punkt 2	454
Eingänge	455

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Cristina Anliker-Mansour
Gabriela Bader Rohner
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Manfred Blaser
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Simon Glauser
Thomas Göttin
Guglielmo Grossi

Beat Gubser
Erich J. Hess
Beni Hirt
Natalie Imboden
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Rudolf Keller
Markus Kiener
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Ursula Marti
Christine Michel
Patrizia Mordini
Erik Mozsa
Philippe Müller
Nadia Omar

Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Pascal Rub
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stüchelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Raymond Anliker
Rania Bahnan Büechi
Peter Bühler

Myriam Duc
Karin Gasser
Ueli Haudenschild

Mario Imhof
Corinne Mathieu
Reto Nause

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Stephan Hügli-Schaad SUE

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
Patricia Sandrieser, Protokoll

Franck Brönnimann, stv.
Ratsweibel
Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

Beat Schori (SVP): Der Rat gratuliert Peter Bernasconi herzlich zum Geburtstag.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende: Ich habe den Rücktritt von Sarah Kämpf (JUSO) bekannt zu geben. Ihr Rücktrittsschreiben lautet wie folgt: „Mehr als zwei Jahre ist es nun her, dass ich mich das erste Mal in diesen Raum begeben habe. Bei der ersten Fraktionserklärung sind mir meine Hände vor Kälte beinahe abgefallen und ich dachte, der Moment des Redens ginge nie vorbei. Mittlerweile geniesse ich das Sprechen vor euch und werde es bestimmt vermissen. Ich habe eine neue Arbeitsstelle in Argentinien angenommen und freue mich auf die neue Herausforderung. Durch die Stadtratszeit habe ich viel Neues und Spannendes gelernt, interessante Personen kennen gelernt und neue Erfahrungen gesammelt. In der PVS fühlte ich mich von Anfang an willkommen und unterstützt. Der Einstieg in ein politisch fremdes Gebiet war anfangs und auch heute noch eine grosse Herausforderung, welche mir grosse Freude bereitet hat. Ich bedanke mich hiermit bei den Kommissionsmitgliedern sowie den Direktionen TVS und PRD. Ich werde diese Zeit in guter Erinnerung behalten und wünsche euch allen eine gute und erfolgreiche Zeit.“

Als neues Ratsmitglied begrüsse ich Guglielmo Grossi (SP), der den Platz der zurückgetretenen Sarah Kämpf einnimmt. Ausserdem begrüsse ich im Namen des Stadtrats den neuen Gemeinderat Stephan Hügli-Schaad und gratuliere ihm zu seiner Wahl.

Traktandenliste

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag GB/JA!, die Abstimmung über das Traktandum 7 erst nach Behandlung der Traktanden 8 bis 11 vorzunehmen zu (40 Ja, 19 Nein).

Dringlicherklärungen

1. Der Antrag auf Dringlichkeit der Postulantinnen und Postulanten Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller (JA!): Zukunft des alten Progymnasiums – kulturelle Nutzung und Baurechtsvertrag zugunsten der Kultur wird abgelehnt (12 Ja, 42 Nein, 4 Enthaltungen).
2. Der Antrag auf Dringlichkeit der Postulantinnen und Postulanten Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller (JA!): Wettbewerb Zukunft des alten Progymnasiums – weiterhin Kulturproduktion im PROGR? wird abgelehnt (10 Ja, 44 Nein, 5 Enthaltungen).

1 Büro des Stadtrats; Ersatzwahl

Beschluss

Der Rat wählt als Stimmenzählerin Jacqueline Gafner Wasem (FDP) einstimmig als Ersatz für Stephan Hügli-Schaad in das Büro des Stadtrats.

2 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS); Ersatzwahl

Der Rat wählt Yves Seydoux (FDP) einstimmig als Ersatz für Christoph Müller in die PVS.

3 Agglomerationskommission (AKO); Ersatzwahl

Der Rat wählt Mario Imhof (FDP) einstimmig als Ersatz für Christoph Müller in die AKO.

4 Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr. 4 vom 1. Februar 2007 wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

5 Dringliche Motion Erich J. Hess (JSVP): Freie Fahrt für den Rotkreuz-Fahrdienst im Interesse der Menschen mit eingeschränkter Mobilität!

Geschäftsnummer 07.000047 / 07/036

Mit dem Rotkreuz-Fahrdienst erfüllt das Schweizerische Rote Kreuz SRK einen anerkannten humanitären Auftrag im schweizerischen Gesundheits- und Sozialwesen. Das SRK erbringt diese Dienstleistung aufgrund eines Leistungsauftrages „offene Altershilfe“ mit dem Bundesamt für Sozialversicherung und arbeitet zur Erbringung dieser Dienstleistung mit Partnerorganisationen im Gesundheits- und Sozialwesen (Spitex, Pro Senectute, Berner Samariter, Verband der Krankenmobilitätsmagazine usw.) sowie Partnern im Versicherungswesen (IV und Santesuisse) zusammen.

In Bern erfolgen im Gegensatz zu den kommerziellen Fahrdiensten des Taxigewerbes die Fahrten ausschliesslich durch freiwillige Fahrerinnen und Fahrer. Nur so kann das SRK den Begünstigten – Menschen mit eingeschränkter Mobilität, welche eine Begleitung oder Betreuung benötigen – sozial verträgliche Bedingungen anbieten.

Ausgeführt werden in der Stadt Bern Fahrten zu vorwiegend medizinisch-therapeutischen Zwecken. Die Dienstleistung ist Menschen zugänglich, die z.B. einen Arzt- oder Therapietermin planen und nicht in der Lage sind, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen oder die auf eine Begleitperson angewiesen sind. Die im Einsatz stehenden Fahrzeuge und die Fahrerinnen und Fahrer sind entsprechend gekennzeichnet bzw. können sich ausweisen.

Aus unverständlichen Gründen akzeptiert die Stadt Bern seit kurzem die Rotkreuztafeln als Ausnahmegewilligung für die Einfahrt in die obere Altstadt nicht mehr. Damit wird dem Fahrdienst der SRK neu während der Sperrzeiten (11.00 - 18.30 Uhr und 21.00 - 05.00 Uhr) das Abholen oder Bringen von Fahrgästen verwehrt. Gebrechliche Menschen können nicht mehr begleitet werden. Nach Interventionen erfolgte nur eine befristete Ausnahmegenehmigung bis Ende 2006. Ab sofort will man dem SRK die Zufahrt in die obere Altstadt verunmöglichen. Mit diesem unverständlichen und nicht nachvollziehbaren, bürokratischen Entscheid kann das SRK keine Entlastungsdienstleistungen für alte, kranke und gebrechliche Menschen mehr ausführen. Für das SRK Bern-Mittelland arbeiten über 700 freiwillige Fahrerinnen und Fahrer und ermöglichen damit eine Dienstleistung, welche eine lange Unabhängigkeit und Mobilität von betagten Menschen ermöglicht. Menschen, welche ohne die Unterstützung nicht mehr alleine leben oder sich fortbewegen könnten.

Dieser Fehlentscheid hat schwerwiegende Konsequenzen, weil die mobilitätseingeschränkten Menschen nicht mehr vom Auto bis zur Tür oder zum Arzt begleitet werden können, was viele nötig haben. Dieser Begleitservice ist ein wichtiger Bestandteil des SRK-Fahrdienstes. Zudem nehmen Ärzte- oder Therapiepraxen bei den Terminaufgeboten keine Rücksicht auf die Sperrzeiten. Die freiwilligen Fahrerinnen und Fahrer kommen in Gewissenskonflikte, wenn sie eine gehbehinderte oder verwirrte Person nicht begleiten dürfen, denn wenn sie es trotzdem tun, erhalten sie eine Busse.

Es steht der Stadt Bern daher sehr schlecht an, wenn sie die Zufahrtspraxis tatsächlich auch auf den Fahrdienst des SRK ausweiten will und nicht bereit sein will oder kann, eine entsprechende Ausnahmegewilligung auch weiterhin zu gewähren. Diese Haltung widerspricht zudem klar den alterspolitischen Grundsätzen und dem klar formulierten Alterskonzept der Stadt Bern.

Der Gemeinderat wird hiermit beauftragt, dem Fahrdienst des SRK auch während den Sperrzeiten die Zufahrt in die Innenstadt zu gewährleisten.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Begründung der Dringlichkeit:

Die tägliche, wichtige Arbeit des SRK Fahrdienstes wird seit 1.1.2007 verunmöglicht.

Bern, 18. Januar 2007

Direktor SUE *Stephan Hügli-Schaad* beantwortet die Dringliche Motion im Namen des Gemeinderats wie folgt: Ausgangslage: Seit dem 1. März 2006 gelten im Bereich „Ausnahmegewilligungen für gehbehinderte Personen“ neue gesetzliche Grundlagen. Diese werden nach einer Übergangsfrist von mehr als einem halben Jahr nun seit dem 1. Januar 2007 konsequent angewendet und durchgesetzt. Das heisst unter anderem, dass bis Ende 2006 in der Stadt Bern die „Rotkreuzfahrtafeln“ als Ausnahmegewilligungen für gehbehinderte Personen akzeptiert wurden. Darin eingeschlossen war auch die Ausnahmegewilligung, zwecks Personentransports während den Fahrverbotszeiten in die Sperrzone der Oberen Altstadt einzufahren.

Gesetzliche Grundlagen: Im neu eingefügten Artikel 20a der eidgenössischen Verkehrsverordnung vom 13. November 1962 (VRV; SR 741.11) wird geregelt, wem unter welchen Bedingungen eine Parkkarte für gehbehinderte Personen abgegeben werden kann und welche Erleichterungen mit einer solchen Bewilligung beansprucht werden können. Weiter wird mit diesem Artikel festgelegt, dass die Parkkarten durch die kantonalen Behörden erteilt werden. Artikel 64b Absatz 2 Ziffer 1 der kantonalen Strassenverkehrsverordnung vom 20. Oktober 2004 (StrVV; BSG 761.111) legt fest, dass sich die Bewilligungsbehörde zum Festlegen der Bewilligungsvoraussetzungen und des Bewilligungsumfangs an den Richtlinien der Interkantonalen Kommission für den Strassenverkehr (IKST) zu orientieren hat. Diese Richtlinien („Richtlinien Parkierungserleichterungen gehbehinderte Personen“ vom 30. September 2005) legen in Ziffer 7.1.6 fest, dass alle signalisierten und markierten Verkehrsbeschränkungen (Fahr- und Teilfahrverbote, Gebote usw.), die sich an den fließenden Verkehr richten, von den Erleichterungen (der besagten Parkkarte) ausgenommen sind, und entsprechend eingehalten werden müssen.

Das Erteilen von (Ausnahme-) Fahrbewilligungen zum Befahren der Oberen Altstadt von Bern wird in der städtischen Verordnung vom 5. April 2006 über die Zufahrtsberechtigung und das Parkieren in der Oberen Altstadt (VZB; SSB 761.211) geregelt. Die VZB sieht für gehbehinderte Personen bzw. den Transport von gehbehinderten Personen durch Private und nicht gewerbliche Transportdienste keine Ausnahmen vor (Artikel 10 Absatz 1 VZB i.V.m. Ziff. 7.1.6 Richtlinien IKST). Somit können für solche Fahrten keine Ausnahmegewilligungen erteilt werden. Darunter fallen u.a. auch die verschiedenen Fahrdienste des Schweizerischen Roten Kreuzes. Als gewerbsmässige Transportdienste gelten z.B. Taxis für den Zubringerdienst (Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe e VZB).

Möglichkeiten im Rahmen der geltenden Gesetzgebung: Gemäss der allgemein gültigen Signalisation in der Oberen Altstadt ist die Zufahrt zum Güterumschlag und zum Ein- und Aussteigenlassen von 05.00 bis 11.00 Uhr und von 18.30 bis 21.00 Uhr möglich. In dieser Zeit

können auch die Fahrdienste des Schweizerischen Roten Kreuzes ohne Bewilligung in die Sperrzone einfahren.

Weiter stehen in der Oberen Altstadt drei privat betriebene öffentliche Parkhäuser mit gesamthaft 11 Gehbehindertenparkplätzen zur Verfügung (Metro, Casino und Mobiliar). Das Metro-Parking verfügt nebst vier Gehbehindertenparkplätzen über einen Zugang, welcher direkt in die Fahrverbotszone der Oberen Altstadt führt.

In Ergänzung dazu kann mit der Parkkarte für gehbehinderte Personen rund um die Uhr wie folgt parkiert werden:

- Auf Parkplätzen für Gehbehinderte im Normalfall zeitlich unbeschränkt;
- auf Parkverbotflächen bis max. 2 Stunden;
- auf Parkplätzen mit Parkzeitbeschränkung maximal 6 Stunden über die erlaubte Parkzeit hinaus. Dabei ist zu erwähnen, dass das Parkieren mit dieser Parkkarte auf den öffentlichen Parkplätzen der Stadt Bern gebührenfrei ist.

All diese Parkierungsmöglichkeiten sind in grosser Anzahl rund um die Fahrverbotszone der Oberen Altstadt vorhanden. So befinden sich in deren Nahbereich 22 öffentliche Parkplätze für Gehbehinderte, die gebührenpflichtigen Parkplätze auf der Schützenmatte sowie eine grosse Anzahl von Parkverbotflächen in den Nebengassen. Die Tätigkeit des SRK wird durch die eingangs geschilderten Verkehrsberuhigungsmassnahmen in keinerlei Weise verunmöglicht. Es ist aber offensichtlich und unbestritten, dass sie erschwert wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Motion durchaus nachvollziehbar. Dieser Erschwerung steht aber das allgemeine verkehrspolitische Ziel gegenüber, den privaten Motorfahrzeugverkehr in der Oberen Altstadt auf ein Minimum zu reduzieren. Der Gemeinderat unternimmt grosse Anstrengungen, diesem Ziel zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem konsequenten Umsetzen der VZB konnten alleine die Ausnahmegewilligungen für den Güterumschlag innert 6 Monaten um ca. 16 Prozent reduziert werden. Eine weitere Reduktion ist zu erwarten. Die Poller Aarberger- und Neuengasse tragen ausserdem wesentlich dazu bei, unerwünschten Verkehr während den Sperrzeiten fernzuhalten. Eine weitere Massnahme im verkehrspolitischen Umsetzungsprozess betrifft nun auch die Fahrten von Gehbehinderten und Organisationen, welche diese transportieren. Sie können heute nicht mehr zu jeder Tageszeit in die Obere Altstadt einfahren. Eine Massnahme, die aber nicht zuletzt auch denjenigen Personen entgegen kommt, welche in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, weil sie sich durch das geringere Verkehrsaufkommen wieder freier in der Innenstadt bewegen können. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass bei entsprechender Organisation (sowohl der Behindertentransportdienste als auch der Ärzte- und Therapiepraxen) die medizinische Versorgung von gehbehinderten Personen nicht in Frage gestellt ist. Mit Organisation sind beispielsweise zeitlich bewusst gewählte Terminabsprachen zwischen Ärztin/Arzt und Patientinnen/Patienten oder der Einsatz von Rollstühlen und Begleitung durch eine/n Fahrer/in ab Parkhaus usw. gemeint.

Alternativen: Wie eingangs ausführlich erläutert wurde, kann die vorliegende Motion unter den heute geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht erfüllt werden. Um das zu ändern, müssten die gesetzlichen Grundlagen angepasst werden. In der vorliegenden Thematik würde das eine Teilrevision der VZB bedingen. Dabei stünden zwei Varianten zur Auswahl:

1. Spezielle Ausnahmegewilligung für Gehbehinderten-Transportdienste;
2. Allgemeine Ausnahme für gehbehinderte Personen.

Beide Varianten wurden bereits einer eingehenden Prüfung unterzogen. Dabei zeigte sich, dass das Problem über spezielle Ausnahmegewilligungen nur mit grössten Schwierigkeiten und wohl nur unbefriedigend gelöst werden könnte. Es müsste eine klare und abschliessende Begriffsdefinition gefunden werden, um ausschliesslich Gehbehinderten-Transportdienste rechtsgleich zu behandeln und um Missbräuche zu verhindern. Würde wider Erwarten und trotz dieser Bedenken eine klare Begriffslösung im Sinne von Variante 1 gefunden, wären nicht organisierte Transporte von Privaten und Fahrten von selbst fahrenden gehbehinderten

Personen nach wie vor ausgeschlossen. Eine solche Abgrenzung würde wiederum nicht verstanden und als Ungerechtigkeit empfunden.

Somit bliebe nur der Weg über die allgemeine Ausnahme (Variante 2). Eine solche Lösung würde allen gehbehinderten Personen die uneingeschränkte Zufahrt in die Obere Altstadt erlauben. Weil in den mit Fahrverboten belegten Gassen der Oberen Altstadt das Parkieren verboten ist, dürften sie zudem mit der entsprechenden Parkkarte für gehbehinderte Personen bis zu zwei Stunden parkieren.

Seit dem 1. Juli 2006 ist das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt des Kantons Bern für das Erteilen von Parkkarten für gehbehinderte Personen zuständig. Gemäss telefonischer Auskunft waren bis am 7. Februar 2007 ca. 3 660 solcher Parkkarten im Umlauf. Diese Zahl beinhaltet auch diejenigen Parkkarten, welche z.B. den SRK-Fahrdiensten abgegeben wurden. Es wird erwartet, dass innert 12 Monaten nach dem Inkrafttreten der neuen Regelung alleine im Kanton Bern bis zu 6 000 neurechtliche Parkkarten für gehbehinderte Personen in Umlauf sein werden. Geht man davon aus, dass die Stadtpolizei Bern im Jahr 2005, ohne die verschiedenen SRK-Fahrdienste, 721 Parkierungsbewilligungen für Menschen mit Behinderungen erteilt hatte, kann daraus geschlossen werden, dass im Grossraum Bern schlussendlich weit über 1 000 Parkkarten für gehbehinderte Personen in Umlauf sein werden.

Wie bereits beschrieben, wird die Obere Altstadt durch den eingeschlagenen verkehrspolitischen Weg zunehmend vom privaten Motorfahrzeugverkehr entlastet. Somit werden gerade die Fahrverbotszeiten besonders interessant, um in die Obere Altstadt einzufahren, da in diesen Zeiten genügend Platz zum Parkieren vorhanden ist. Es ist nicht auszuschliessen, dass bei Gutheissung einer der oben erläuterten Alternativvarianten, die mit viel Aufwand aus der Oberen Altstadt ferngehaltenen Fahrzeuge weitgehend durch Fahrzeuge von gehbehinderten Personen bzw. deren Transportdienste ersetzt würden. Diese Befürchtung wird durch die Tatsache genährt, dass gemäss Zeitungsbericht alleine die SRK-Sektion Bern Mittelland jährlich rund 1 000 Fahrten in die Obere Altstadt durchführt (Der Bund, 20. Januar 2007). In einem Schreiben an den Stadtpräsidenten vom Dezember 2006 spricht ein anderer SRK-Fahrdienst von 400 000 geleisteten Fahrstunden und 150 Arztpraxen, welche von ihm im fraglichen Gebiet angefahren würden. Die Fahrten anderer Behinderten-Fahrdienste sind hier noch nicht eingerechnet. Sollten gehbehinderte Personen uneingeschränkt in die Obere Altstadt einfahren dürfen, kann das Ziel, den privaten Motorfahrzeugverkehr in der Oberen Altstadt auf ein Minimum zu reduzieren, kaum mehr erreicht werden.

Konsequenzen für das Personal und die Finanzen bei Annahme der Dringlichen Motion: Grundsätzlich wären keine personellen Anpassungen nötig. Der Vorstoss würde Rechtsetzungskosten von ungefähr 3'000.00 Franken und Signalisationsanpassungen von ungefähr 22'000.00 Franken auslösen. Total würden also Kosten von rund 25'000.00 Franken anfallen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Der Motionär *Erich J. Hess* (SVP/JSVP): Solidarität beginnt im Kleinen; beispielsweise wenn ich einer älteren Person im Zug meinen Sitzplatz anbiete oder wenn ich meinem Nachbar behilflich bin, Getränkeharasse aus dem Keller hoch zu tragen. Solidarität zeigt sich in einem weiteren Schritt dort, wo Menschen, die nicht die gleichen Möglichkeiten haben, das Leben vereinfacht wird. Auf der Zuschauertribüne sind heute Abend viele solidarische Personen anwesend: Freiwillig fahren sie ältere, gehbehinderte Menschen in die Stadt zum Arzt oder in die Therapie. Diesen hilfsbereiten Menschen werden, wie aus der Antwort des Gemeinderates ersichtlich wird, Steine in den Weg gelegt. Mit meiner Motion möchte ich erreichen, dass Älte-

re und Kranke ihre Arzt- und Therapietermine wahrnehmen können – und dies möglichst bequem und auf dem Weg des geringsten Widerstandes. Diese Leute sind aufgrund ihres Leidens schon genügend benachteiligt. Wenn dem Rotkreuzfahrdienst die Erlaubnis erteilt wird, auch während den Sperrzeiten in die Innenstadt zu fahren, dann kostet dies weder den Steuerzahler noch die Stadt etwas. Vielmehr zeigen wir Solidarität gegenüber sozial schwächeren Menschen.

Die Antwort des Gemeinderats enttäuscht mich. Er versteckt sich hinter Paragraphen, damit seine Verkehrspolitik durchgesetzt werden kann. Dies ist meines Erachtens aber unsinnig, weil genügend Paragraphen existieren, die unser Anliegen zulassen würden. Wenn der Wille im Gemeinderat tatsächlich vorhanden wäre, dann hätte er dargelegt, wie das Anliegen umgesetzt werden kann und nicht Gründe zu dessen Verhinderung angeführt. Der Gemeinderat ist nicht gewillt, die Motion umzusetzen. Ich werde die Motion nicht in ein Postulat umwandeln. Ich bitte den Rat, die Motion als solche anzunehmen.

Fraktionserklärungen

Karin Feuz-Ramseyer (FDP) für die FDP-Fraktion: In ihrer Mobilität eingeschränkte Personen sollen nur noch zu einer bestimmten Zeit zu ihren Ärzten oder Therapeuten gefahren werden. Nämlich zu den Anlieferungszeiten. Sie werden damit faktisch als Anlieferungsgut betrachtet. Hinzu kommt noch, dass die Patienten auch wieder zu Anlieferungszeiten abgeholt werden müssen. Kaum eine Praxis ist von 18.30 bis 21.00 Uhr geöffnet und kaum eine Praxis öffnet bereits morgens um 05.00 Uhr. Der Beschluss des Gemeinderats, dem Rotkreuz-Fahrdienst keine Ausnahmegewilligung zu erteilen, ist aus der Sicht der FDP-Fraktion absolut unverständlich. Vor allem, wenn man bedenkt, dass dieser Entscheid von einer RGM dominierten Regierung gefällt wird, die sich sonst immer für alle Randgruppen einsetzt und sich so sozial gibt. Wenn die Patienten nicht zu Anlieferungszeiten in die Stadt gebracht werden können, müssen sie ein Taxi nehmen. Dies käme unverhältnismässig teuer. Oder die Patienten könnten sich von einem der vielen Parkhäuser aus (*siehe Antwort Gemeinderat*) mit einem Taxi weiter chauffieren lassen. Für die behindertengerechte Umgestaltung von Trottoirs und öffentlichen Gebäuden wird immer Hand geboten. Bei der Erteilung von Ausnahmegewilligungen für den Behindertentransport stösst die soziale Komponente dagegen an ihre Grenzen. Man versteckt sich hinter Paragraphen. Das ist nicht nachvollziehbar. In der Verordnung VZB werden viele Personenkategorien aufgezählt, die in den Genuss von Ausnahmegewilligungen kommen und damit die Obere Altstadt befahren können. Dies ist ein grosser Widerspruch. Vorliegend wird die Rot-Grüne-Verkehrsideologie umgesetzt – und dies gnadenlos. Mit aller Macht wird daran festgehalten, den Verkehr von der Innenstadt fernzuhalten. Die Zeughausgasse zählt anscheinend nicht dazu. Hier stehen Autos in Doppel- und Dreifachkolonnen. Das ist Verkehrsverdrängung und nicht Verkehrsverhinderung. Dagegen macht man allerdings nichts. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Korrektur der gesetzlichen Grundlagen vorgenommen werden muss. Allenfalls mit sofort wirksamen Ausnahmeregelungen. Eine Interessenabwägung zwischen pseudo-autofreier Oberer Altstadt und zwingenden Mobilitätsbedürfnissen von gehbehinderten Menschen dürfte auch bei der Stadtregierung zu Gunsten der Menschen ausfallen. Die FDP-Fraktion stimmt der Motion zu.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Unsere Fraktion findet es stossend, dass Rotkreuzfahrer/innen seit diesem Jahr die Obere Altstadt nicht mehr befahren dürfen. Damit wird eine günstige und gut funktionierende Dienstleistung von Freiwilligen zu Gunsten von älteren und behinderten Menschen dort unterbunden, wo derartige Transporte nötig sind, weil sich eben gerade in der Oberen Altstadt viele therapeutische und medizinische Einrichtungen befinden. Wir werden der Motion zustimmen.

Zwischen totaler Sperre und freier Fahrt für alle Rotkreuzfahrer/innen muss es unserer Meinung nach einen Mittelweg geben. Wenn wir der Motion zustimmen, bedeutet dies, dass wir eine restriktive Lösung wünschen. Menschen sollen mit dem Rotkreuz-Fahrdienst ihre Arzt- oder Therapietermine wahrnehmen können, wenn sie dies nötig haben. Es ist aber klar, dass nicht alle 750 Rotkreuzfahrer/innen mit einem entsprechenden Kleber an ihren Fahrzeugen jederzeit in die Obere Altstadt einfahren und dort unbeschränkt parkieren können. Es gibt Möglichkeiten, wie die Fahrten zum Arzt oder in die Therapie ermöglicht werden können, ohne dass Missbräuche befürchtet werden müssen: beispielsweise, indem man seitens der SUE dem Rotkreuz-Fahrdienst eine bestimmte Anzahl von Fahren in die Obere Altstadt zur Verfügung stellt oder indem man einer beschränkten Anzahl von Fahrerinnen und Fahrern eine Ausnahmegewilligung erteilt. Eventuell ist auch im Zusammenhang mit der Gehbehindertenparkkarte eine Lösung möglich. Ich behaupte nicht, dass meine Ideen ausgereift sind. Aber ich denke, dass die Fachleute aus der SUE eine gute Lösung finden werden. Aus dem Vorstoss und auch aus den Briefen der betroffenen Organisationen wird ersichtlich, dass durch die neue Regelung eine Lücke entstanden ist, die sich nicht auf andere Art schliessen lässt: Offensichtlich können Behindertentransportdienste nicht alle zusätzlichen Fahrten übernehmen.

Rolf Schuler (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss von Erich Hess als Postulat. Unsere tolle Innenstadt muss für alle Menschen zugänglich sein. Insbesondere soll sie für Personen mit einem Mobilitätshandicap in einem für sie vertretbaren Aufwand erreichbar sein. Auch diese Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen einmal zum Gynäkologen, benötigen für kalte Wintertage einen wärmenden Mantel oder haben das Bedürfnis an einem schönen warmen Mainachmittag an der Front etwas Trinken zu gehen. Der Fahrdienst des Roten Kreuzes verhilft Personen mit einem Mobilitätshandicap zu einem Stück Freiheit und zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebensqualität. Der Fahrdienst, der von freiwilligen Chauffeusen und Chauffeuren erbracht wird, unterstützt gleichzeitig eine autonome selbstbestimmte Lebensgestaltung ihrer chauffierten Klientel. Mit der Fahr- und Parkbewilligung in der Oberen Altstadt würde eine Dienstleistung ein Stück honoriert, die aus finanziellen Gründen nicht professionell für die Nutzerinnen und Nutzer angeboten werden kann. Der Gemeinderat muss bei der Umsetzung dieses Vorstosses auch mit gezielten Massnahmen den Missbrauch dieser Fahrbewilligung eliminieren. Ein Fahrauftrag für Chauffeure vom SRK ist im Rahmen der auftragsbedingten Kommunikation problemlos und mit minimalem Mehraufwand möglich.

Franziska Schnyder (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Wir haben nichts gegen das Anliegen dieses Vorstosses. Wir wollen aber deutlich machen, dass wir eine gute und klare Regelung befürworten, welche zu Gunsten der Behinderten gefunden werden kann. Es soll möglich sein, dass Leute, die eine Gehbehinderung haben, ihre Arztbesuche und Therapietermine wahrnehmen können – auch zu Sperrzeiten. Wir wollen eine klare und restriktive Regelung, damit verhindert wird, dass Autos zu Privatzwecken die Obere Altstadt befahren. Wenn sich herausstellt, dass die Regelung doch zu wenig klar sein sollte, dann müsste sie entsprechend neu gestaltet werden. Zum Beispiel könnte eine Regelung dahingehend lauten, dass, nachdem eine Person in die Therapie gebracht wurde, der/die Fahrer/in die Altstadt wieder verlässt und die Person am Ende der Therapie wieder abholt. Im Zeitalter der mobilen Telefone sollte dies kein Problem sein. So ergäbe sich ausserdem die Möglichkeit, dass verschiedene Leute chauffiert werden könnten. Wir unterstützen das Anliegen, aber unserer Ansicht nach sollte die Motion in ein Postulat umgewandelt werden. Da die Motion aber als Richtlinienmotion gestaltet ist und keine gesetzliche Regelung von uns verlangt werden kann, könnten wir das Anliegen auch in dieser Form unterstützen.

Beat Schori (SVP): Es besteht Einigkeit darin, diese Motion zu überweisen. Die einzigen, die sich noch nicht zu einer Zustimmung durchringen konnte, ist die SP. Ich hoffe, dass dies doch noch gelingt, denn es geht darum, den Druck aufrecht zu erhalten, damit der Gemeinderat handeln muss. Wir erwarten vom Gemeinderat eine pragmatische Lösung, die sofort umgesetzt wird. Er hat anschliessend Zeit, eine gesetzliche Lösung vorzubereiten, bei der alle Bedenken berücksichtigt werden können. Die Stadt hat eine Zentrumsfunktion und diese muss von allen genutzt werden können. Ich gehe davon aus, dass keine Invasion stattfinden wird, wenn für diese Fahrten eine Lösung gefunden wird, und bin überzeugt, dass die betroffenen Leute mit der Ausnahmegewilligung einen massvollen Umgang pflegen werden. Die Fraktion SVP/JSVP stimmt der Motion zu.

Einzelvoten

Christian Wasserfallen (JF): Der Gemeinderat macht in seiner Antwort geltend, dass gehbehinderte und gebrechliche Personen das Taxi anstelle des Rotkreuz-Fahrdienstes gebrauchen oder das Auto in den zum Teil dezentral gelegenen Parkhäusern abstellen sollen. Er nennt das Beispiel der Schützenmatte. Es ist eine Zumutung, von gehbehinderten Personen zu verlangen, von der Schützenmatte in die Altstadt zu gelangen. Der Rotkreuz-Fahrdienst funktioniert auf freiwilliger Basis. Es käme sehr teuer, wenn diese Freiwilligenarbeit bezahlt werden müsste. Wir sind froh, dass dieser Fahrdienst existiert. Die ideologisierten verkehrspolitischen Ziele, die man hier setzt, stehen über dem Rotkreuz-Fahrdienst. Dieser Politik muss eine Absage erteilt werden. Wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird, dann ist die Angelegenheit für den Gemeinderat erledigt. Die SP möchte eine Verkehrspolitik durchsetzen, die keine Autos mehr in der Stadt vorsieht. Dass mit dieser Politik auch für den Rotkreuz-Fahrdienst kein Platz mehr vorhanden ist, interessiert die SP nicht im Geringsten. Für Trottoirabsenkungen und für behindertentauglichen Zugänge zu öffentlichen Gebäuden werden Millionenbeträge ausgegeben; dagegen ist auch nichts einzuwenden. Aber wenn es anschliessend darum geht, den betroffenen Leuten einen Zugang zur Oberen Altstadt zu gewähren, dann versteckt sich der Gemeinderat hinter Paragraphen. Ich habe im Namen der FDP-Fraktion einen Vorstoss eingereicht, in dem ein uneingeschränkter Zugang zur Oberen Altstadt für gebrechliche und gehbehinderte Personen gefordert wird. Dieser Vorstoss geht weiter als derjenige von Erich Hess. Ich bitte den Rat, den Vorstoss von Erich Hess zu unterstützen.

Giovanna Battagliero (SP): Ich habe den Eindruck, dass unser Sprecher falsch verstanden worden ist. Ich möchte betonen, dass dieses Anliegen für uns sehr wichtig ist. Wir denken, dass es eine Lösung geben wird, welche allfälligem Missbrauch zuvorkommt. Unserer Sprecher hat darauf hingewiesen, dass wir diesen Vorstoss als Postulat bevorzugen würden. Selbstverständlich werden wir aber auch der Richtlinienmotion zustimmen, obschon es eigentlich keine richtige Motionsforderung ist.

Dieter Beyeler (SD): Auch unserer Meinung nach ist die gemeinderätliche Antwort eine reine „Paragraphenklauberei“. Der Gemeinderat sollte einfach Ja oder Nein sagen, damit wir wissen, woran wir sind. Wir warnen den Gemeinderat an dieser Stelle aber ausdrücklich vor einem Nein, denn das würde den negativen Eindruck, den viele Kreise gegenüber der Politik der Stadt Bern hegen, noch verstärken. Es herrscht vermehrt Unverständnis gegenüber der herrschenden Mobilitätsstrategie, die nun offensichtlich droht, ins Abstrakte abzudriften. Damit wird einer hilfsbedürftigen Minderheit geschadet. Wir fordern den Gemeinderat einer Selbstverständlichkeit zuzustimmen. Die SD unterstützt die Motion.

Daniel Lerch (CVP): Ich möchte zwei Beispiele anführen: Freiwillig hat meine Frau an einem Sonntag zwei ältere Menschen – die eine Person ist im Rollstuhl, die andere leidet an Altersdemenz – mit dem Auto zum Gottesdienst gefahren. Das Auto hat sie auf einem Parkplatz abgestellt, der eine Parkzeitbeschränkung von einer Stunde kennt. Sie hat eine Busse bekommen, weil die ganze Angelegenheit schlussendlich länger als eine Stunde dauerte. Dies motiviert nicht unbedingt dazu, Freiwilligenarbeit zu leisten. Das zweite Beispiel handelt von einer Frau, die mit ihrem Auto, an dem ein Behindertenschild aufgemacht war, auf einem Behindertenparkplatz parkierte. Es sass aber keine behinderte Person mit im Auto und die Frau hat auch keinen Rollstuhl aus dem Auto herausgenommen. Die Aufsichtsperson im Parkhaus hat das Geschehen mitverfolgt und die Frau zur Rede gestellt, als sie das Parkhaus wieder verlassen wollte. Das zweite Beispiel zeigt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, gegen Missbrauch vorzugehen. Jene aber, die freiwillig einen Dienst leisten wollen, sollten nicht behindert werden. Die CVP unterstützt die Motion.

Direktor SUE *Stephan Hügli-Schaad* für den Gemeinderat: Den Vorwurf, der Gemeinderat verstecke sich hinter Paragraphen, weise ich zurück. Der Gemeinderat ist dazu da, die geltende Gesetzgebung umzusetzen. Wenn die Politik derartige Paragraphen ablehnt, dann soll sie von den ihr zustehenden Mitteln Gebrauch machen, damit die Paragraphen geändert werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Anliegen ernst genommen werden muss. Er hat dies auch getan, was allein schon an der Länge der Antwort ersichtlich wird. Wir verschliessen uns nicht, wie Erich Hess es formulierte, vor Lösungen. Wir haben bewusst zwei Varianten aufgeführt, wie das Problem gelöst werden könnte. Das Problem ist allerdings nicht, wie es der Vorstoss verlangt, mit einer Ausnahmegewilligung zu lösen. Dies widerspricht den gesetzlichen Regelungen. Wenn man etwas ändern will, müssen die gesetzlichen Grundlagen geändert werden. Wenn nur teilweise Bewilligungen erteilt werden, wie in diesem Fall für den Rotkreuz-Fahrdienst, dann kommen selbstverständlich auch andere Organisationen, die ebenfalls eine Ausnahmegewilligung wünschen. Eine Abgrenzung wird somit schwierig werden. Sie können dies haben, aber dann muss der richtige Vorstoss eingereicht werden.

Beschluss

Die Dringliche Motion Erich J. Hess wird überwiesen (62 Ja, 0 Nein, 6 Enthaltungen).

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Cristina Anliker-Mansour, Gabriela Bader Rohner, Thomas Balmer, Stefan Bärtschi, Giovanna Battagliero, Dieter Beyeler, Margrith Beyeler-Graf, Manfred Blaser, Dolores Dana, Susanne Elsener, Anastasia Falkner, Karin Feuz-Ramseyer, Andreas Flückiger, Urs Frieden, Rudolf Friedli, Verena Furrer-Lehmann, Jacqueline Gafner Wasem, Simon Glauser, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Beat Gubser, Erich J. Hess, Beni Hirt, Natalie Imboden, Ueli Jaisli, Daniele Jenni, Stefan Jordi, Rudolf Keller, Markus Kiener, Peter Künzler, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Edith Leibundgut, Daniel Lerch, Anna Magdalena Linder, Ursula Marti, Christine Michel, Patrizia Mordini, Erik Mozsa, Philippe Müller, Nadia Omar, Lydia Riesen-Welz, Pascal Rub, Hasim Sancar, Franziska Schnyder, Beat Schori, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Yves Seydoux, Hasim Sönmez, Ernst Stauffer, Barbara Streit-Stettler, Ueli Stüchelberger, Martin Trachsel, Gisela Vollmer, Christian Wasserfallen, Thomas Weil, Sandra Wyss, Rolf Zbinden, Christoph Zimmerli, Andreas Zysset

Mit Nein stimmen: -

Enthaltungen: Michael Aebersold, Conradin Conzetti, Andreas Krummen, Liselotte Lüscher, Simon Röthlisberger, Anne Wegmüller

Abwesend: Raymond Anliker, Rania Bahnan Buechi, Peter Bühler, Myriam Duc, Karin Gasser, Ueli Haudenschild, Mario Imhof, Corinne Mathieu, Reto Nause.

6 Kleine Anfrage Beat Gubser (EDU): Sparen bei den Ludotheken?

Geschäftsnummer 07.000066 / 07/037

In der Zeitung „20 Minuten“ war zu lesen dass im Jahr 2008 die Subventionen an die Ludothek Lorraine von 28'000 auf 8'000 Franken gekürzt werden sollen.

In einem Brief an den Stadtrat schreibt die Ludothek Monbijoustrasse, dass ihre Subventionen im Jahr 2008 von 192'550 auf 92'550 Franken reduziert werden sollen.

Gleichzeitig ist im Jahr 2008 eine Aufstockung der Kulturausgaben von 29,35 auf 32,13 Millionen Franken geplant.

1. Ich bitte deshalb den Gemeinderat die vorgesehenen Sparmassnahmen bei den Ludotheken in einer kleinen Übersicht zusammenzustellen.
2. Wie viel soll total bei den Ludotheken gespart werden?
3. Kann sich der Gemeinderat vorstellen, statt bei den Ludotheken zu sparen, bei der Kultur weniger aufzustocken?

Bern, 22. Februar 2007

Gemeinderat *Stephan Hügli-Schaad* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Gemeinderat hat ein Massnahmenpaket zur Verbesserung des Finanzhaushalts von rund 22 Mio. Franken geschnürt und es den Vertretungen der Stadtratsfraktionen vorgestellt. Darin vorgesehen sind auch Umstrukturierungen bei den Ludotheken Lorraine und Monbijou.

Zu Frage 1:

Ludo Lorraine: Sparvorgabe 2008 Fr. 20 000.00		
	2005	Budget 2007
Aufwand	37 177.95	33 700.00
Ertrag	33 059.65	34 000.00
Davon Beitrag Stadt Bern	27 500.00	27 500.00
Ludothek Monbijou: Sparvorgabe 2008 Fr. 100 000.00		
	2005	Budget 2007
Aufwand	262 586.55	269 150.00
Ertrag	267 556.00	269 150.00
Davon Beitrag Stadt Bern	192 550.00	192 550.00

Zu Frage 2: Die Sparvorgabe von Fr. 120 000.00 bei den Ludotheken soll durch eine Optimierung der Strukturen erreicht werden.

Zu Frage 3: Nein, der Gemeinderat wird nicht einzelne Politikfelder gegen andere ausspielen.

Beat Gubser (EDU): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, bin aber enttäuscht, dass er keine Flexibilität bezüglich Kulturausgaben zeigt.

7 Strategie für die städtische Kulturförderung sowie Beiträge an den Betrieb kultureller Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 06.000114 / 07/015

Gemeinderatsantrag

I

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis von der Strategie des Gemeinderats für die städtische Kulturförderung in Bern 2008 bis 2011.

II

Der Stadtrat verabschiedet die Botschaft an die Stimmberechtigten. Er empfiehlt der Gemeinde mit .. Ja gegen .. Nein bei .. Enthaltungen, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten Institutionen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:

a. Stadttheater Bern

Fr. 37 064 000.00 (Fr. 9 266 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3640101);

b. Berner Symphonieorchester

Fr. 19 704 000.00 (Fr. 4 926 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650122);

c. Kunstmuseum Bern

Fr. 9 360 000.00 (Fr. 2 340 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650123);

d. Historisches Museum Bern

Fr. 5 840 000.00 (Fr. 1 460 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650137);

e. Zentrum Paul Klee

Fr. 8 596 000.00 (Fr. 2 149 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650138).

2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, aufgrund der Verpflichtungskredite gemäss Ziffer 1 im Rahmen der Regionalen Kulturkonferenz Bern für die Jahre 2008 bis 2011 Subventionsverträgen mit den Trägerschaften des Stadttheaters Bern, des Berner Symphonieorchesters, des Kunstmuseums Bern, des Historischen Museums Berns und des Zentrums Paul Klee abzuschliessen.

3. Kommen die Subventionsverträge gemäss Ziffer 2 nicht zustande, wird der Gemeinderat ermächtigt, mit den Institutionen eigene mehrjährige Subventionsverträge bis maximal zur Höhe der Verpflichtungskredite gemäss Ziffer 1 abzuschliessen.

4. Für den Fall, dass die Regionale Kulturkonferenz Bern eine Verlängerung der Subventionsverträge gemäss Ziffer 2 um ein Jahr für 2012 beschliesst, werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:

a. Stadttheater Bern Fr. 9 266 000.00;

b. Berner Symphonieorchester Fr. 4 926 000.00;

c. Kunstmuseum Bern Fr. 2 340 000.00;

d. Historisches Museum Bern Fr. 1 460 000.00;

e. Zentrum Paul Klee Fr. 2 149 000.00.

III 1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten kulturellen Institutionen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:

a. Dampfzentrale

Fr. 3 800 000.00 (Fr. 950 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650129);

b. Kunsthalle Bern

Fr. 4 800 000.00 (Fr. 1 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650124);.

c. Schlachthaus Theater

Fr. 3 640 000.00 (Fr. 910 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650128).

2. Die Verpflichtungskredite nach Ziffer 1 dienen der Finanzierung von Subventionsverträgen, die der Gemeinderat mit dem Verein Kunsthalle Bern, dem Verein Dampfzentrale und dem Verein Schlachthaus Theater für die Jahre 2008 bis 2011 abschliessen wird.

3. Diese Beschlüsse unterliegen der fakultativen Volksabstimmung nach Artikel 51 Absatz 3 GO.

IV

1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten kulturellen Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:

a. Bee Flat

Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);

b. BeJazz

Fr. 320 00.00 (Fr. 80 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650132);

c. Berner Kammerorchester

Fr. 320 000.00 (Fr. 80 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650126);

d. Berner Tanztage

Fr. 800 00.00 (Fr. 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650130);

e. Buskers Festival

Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);

f. Camerata Bern

Fr. 720 000.00 (Fr. 180 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650125);

g. Grosse Halle der Reitschule

Fr. 948 000.00 (Fr. 237 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650149);

h. Kino Kunstmuseum

Fr. 680 000.00 (Fr. 170 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650116);

i. Puppenbühne Demenga Wirth

Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);

k. Reitschule

Fr. 1 520 000.00 (Fr. 380 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650104);

l. Theater an der Effingerstrasse

Fr. 800 000.00 (Fr. 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);

m. Theatertreffen auawirleben

Fr. 880 000.00 (Fr. 220 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650139).

2. Die Verpflichtungskredite nach Ziffer IV/1 dienen der Finanzierung von Subventionsverträgen, die der Gemeinderat mit dem Verein Bee Flat, dem Verein BeJazz, dem Verein Berner Kammerorchester, dem Verein Berner Tanztage, dem Verein Buskers Festival, dem Verein Camerata Bern, dem Verein Grosse Halle Reitschule, dem Verein Cinéville (für das Kino Kunstmuseum), der Puppenbühne Demenga/Wirth, der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, der Theater an der Effingerstrasse GmbH und dem Verein Theatertreffen auawirleben für die Jahre 2008 bis 2011 abschliessen wird.

Bern, 31. Januar 2007

Antrag Kommission für Soziales, Bildung, Kultur (SBK)

1. Der Betrieb des Kornhausforums wird für das Jahr 2008 mit einem reduzierten Auftrag und Budget weitergeführt.
2. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel von Fr. 590'000 werden innerhalb der städtischen Kulturstrategie wie folgt umgelagert: Innerhalb des Finanzrahmens werden im Jahr 2008 Förderkredite um insgesamt Fr. 510 000.00 und die Subventionen an die Kunsthalle Bern um Fr. 60 000.00 sowie jene an das Theater an der Effingerstrasse um Fr. 20 000.00 gekürzt. (dazu Anträge III b. und IV I.)
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis zum Herbst 2007 dem Stadtrat einen neuen Leistungsvertrag mit dem Kornhausforum für das Jahr 2008 vorzulegen.

III b. Kunsthalle Bern

Fr. 4 740 000.00 (Fr. 1 140 000.00 im Jahr 2008, Fr. 1 200 000.00 pro Jahr 2009 bis 2011 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650124).

IV I. Theater an der Effingerstrasse

Fr. 780 000.00 (Fr. 180 000.00 im Jahr 2008, Fr. 200 000.00 pro Jahr 2009 bis 2011 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110.3650xxx);

Antrag GB

Kornhausforum: Erhalt des Schwerpunkts Gestaltung und Neuausrichtung

1. Der kulturelle Betrieb des Kornhausforums wird für die nächsten vier Jahre weitergeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt im Bereich Gestaltung, insb. Architektur, Design, angewandete Kunst, Video, Neue Medien und der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen. Aufgrund der neuen Situation hat eine Anpassung der strategischen Ausrichtung zu erfolgen.
2. Die dazu notwendigen Mittel von Fr. 690'000.00 (Fr. 410'000.00 Miete und Fr. 280'000.00 Betrieb) werden wie folgt innerhalb der städtischen Kulturstrategie umgelagert:
 - a. Fr. 590'000.00 analog Antrag SBK: Förderkredite von insgesamt Fr. 510'000.00, Kunsthalle Fr. 60'000.00, Effingertheater Fr. 20'000 (dazu Anträge III b und IV I.)
 - b. Fr. 100'000.00 „Fonds für Stadtentwicklung durch Kultur“.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat bis zum Herbst 2007 einen neuen Leistungsvertrag mit dem Kornhausforum für die Jahre 2008-2011 vorzulegen. Notwendigenfalls ist eine neue Trägerschaft zu finden.

III b. Kunsthalle Bern

Fr. 4'560'000.00 (je Fr. 1'140'000.00 pro Jahr) zu Lasten der laufenden Rechnung, Konto 1100.3650124

IV I. Theater an der Effingerstrasse

Fr. 720'000.00 (je Fr. 180'000.00 pro Jahr) zu Lasten der laufenden Rechnung, Konto 1100.3650XXX.

Ergänzung zum Antrag der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur

Werden die Anträge 1 und 2 der SBK angenommen (vgl. Anträge an den Stadtrat, 22. März 2007), müssen innerhalb der städtischen Kulturstrategie Fr. 590 000.00 umgelagert werden. Dazu sind folgende Kürzungen notwendig:

– Subvention Kunsthalle	Fr. 60 000.00
– Förderkredit Tanz (Tanzbüro)	Fr. 200 000.00
– Förderkredit Jazz	Fr. 100 000.00
– Kredit Biennale/Festival	Fr. 20 000.00
– Kredit <i>artists in residence</i>	Fr. 20 000.00
– Kredit für a.o. Massnahmen	Fr. 30 000.00
– Filmkredit Stadt	Fr. 30 000.00
– Das Theater	Fr. 20 000.00
– Förderkredit Theater	Fr. 30 000.00
– PROGR	Fr. 20 000.00
– Bildung/Vermittlung	Fr. 50 000.00
– Fonds	Fr. 10 000.00
Total Umlagerungen	Fr. 590 000.00

Rückweisungsantrag SVP/JSVP-Fraktion

Die SVP/JSVP-Fraktion **weist sämtliche städtischen Subventionsverträge unter Ziffer III und IV an den Gemeinderat zurück.**

Der Gemeinderat wird beauftragt unter folgenden Auflagen neue Subventionsverträge auszuhandeln:

1. Keine Erhöhung des städtischen Kulturbudgets gegenüber früheren Jahren;
2. zusätzliche Einsparung der Mehrausgaben, die durch die Neuverhandlung der RKK-Verträge entstanden sind;
3. das Theater an der Effingerstrasse (Das Theater) ist von diesen Einsparungen auszu-schliessen.

Antrag Daniele Jenni, GPB

(Antrag formuliert auf der Grundlage des Antrags SBK, Stand 16/03/2007)

1. Der Betrieb des Kornhausforums **wird im Jahr 1998 mit einem Globalbeitrag von Fr. 710 000, danach mit einem jährlichen Globalbeitrag von Fr. 980 000.00** weitergeführt.

2. **[Antrag SBK streichen bzw. ablehnen, also: keine Kompensationen]**

3. [wie Antrag SBK, jedoch: **Wortlaut „für das Jahr 2008“ streichen**]

III b. Kunsthalle Bern: **[Antrag SBK streichen bzw. ablehnen]**

IV I. Theater an der Effingerstrasse: **[Antrag SBK streichen bzw. ablehnen]**

Eventualanträge Fraktion SVP/JSVP (Hess)

III a. Dampfzentrale Fr. 3'800'000.00 kürzen um Fr. 1'800'000.00 auf **Fr. 2'000'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 500'000.00 anstatt Fr. 950'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 450'000.00

b. Kunsthalle Bern Fr. 4'800'000.00 kürzen um Fr. 800'000.00 auf **Fr. 4'000'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 1'000'000.00 anstatt Fr. 4'200'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 200'000.00

c. Schlachthaus Theater Fr. 3'640'000.00 kürzen um Fr. 1'640'000.00 auf **Fr. 2'000'000** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 500'000.00 anstatt Fr. 910'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 410'000.00

IV. a. Bee Flat Fr. 400'000.00 = **ganz streichen**

Jährliche Einsparung: Fr. 100'000.00

e. Berner Tanztage Fr. 800'000.00 kürzen um Fr. 300'000.00 auf **Fr. 500'000** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 125'000.00 anstatt Fr. 200'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 75'000.00

f. Camerata Bern Fr. 720'000.00 kürzen um Fr. 220'000.00 auf **Fr. 500'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 125'000.00 anstatt Fr. 180'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 55'000.00

g. Grosse Halle der Reitschule Fr. 948'000.00 = **streichen** (bis 2003 gab es ebenfalls keine Beiträge), jährliche Einsparung: Fr. 237'000.00

h. Kino Kunstmuseum Fr. 680'000.00 kürzen um Fr. 280'000 auf **Fr. 400'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 100'000.00 anstatt Fr. 170'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 70'000.00

k. Reitschule Fr. 1'520'000.00 kürzen um Fr. 1'280'000.00 auf **Fr. 240'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 60'000.00 (analog bis ins Jahr 2003) anstatt Fr. 380'000.00, jährliche Einsparung: Fr. 320'000.00

m. Theatertreffen aua wir leben Fr. 880'000.00 kürzen um Fr. 80'000.00 auf **Fr. 800'000.00** ergibt einen jährlichen Beitrag von Fr. 200'000.00 anstatt Fr. 220'000.00 jährliche Einsparung: Fr. 20'000.00

Eventualantrag Gafner Wasem zum Antrag SBK

Sollte der Antrag SBK dem Betrieb des Kornhauses für das Jahr 2008 mit einem reduzierten Auftrag und Budget weiter zu führen angenommen werden, ist auf eine Kürzung der Subvention an das Theater an der Effingerstrasse für das Jahr 2008 um Fr. 20'000.00 zu verzichten und der entsprechende Betrag auf alle Theater prozentual zu den Unterstützungsbeiträgen aufzuteilen.

Antrag Kommission für Soziales, Bildung, Kultur (SBK) zur Abstimmungsbotschaft

S. 4, rechte Spalte, letzter Abschnitt

„Wo Licht ist, ist auch Schatten. Auch in einem höheren Kulturbudget hat es nicht für alle und alles Platz, wenn Akzente gesetzt werden. **So wird die Stadtgalerie in der heutigen Form geschlossen und das Kornhausforum kann ebenfalls nicht mehr wie bisher unterstützt werden. Für dieses ist eine einjährige gekürzte Subvention vorgesehen. Im Lauf des Jahres 2008 muss der Gemeinderat für das Kornhausforum nach neuen Lösungen suchen.**“

S. 7, linke Spalte:

„Die Stiftung Wyss mit einem Kapital von 20 Millionen Franken wird den Neubau finanzieren ~~(der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen), der 2009 eröffnet werden soll,~~ und die restlichen Mittel für künstlerische Aktivitäten der neuen Abteilung zur Verfügung stellen.

Christof Berger (SP) für die Kommission SBK: Ich habe noch nie erlebt, dass ein Stadtratsgeschäft derart viele direkte Reaktionen ausgelöst hat, wie dies betreffend Strategie für die städtische Kulturförderung 2008 bis 2011 der Fall ist. Die Briefe und der Publikumsaufmarsch zeigen, dass das Thema bewegt und für die Stadt und die Bevölkerung wichtig ist. Auch wenn

die Reaktionen teilweise sehr emotional ausgefallen sind, glaube ich, dass wir eine gute und ausgewogene Vorlage präsentieren. Im Detail geht es bei der Kulturstrategie um die Verträge mit den fünf grössten städtischen Kulturinstitutionen, welche die Stadt zusammen mit dem Kanton und den Agglomerationsgemeinden abschliesst. Diese Verträge machen rund 70% unserer Kulturausgaben aus. Des Weiteren müssen wir über 15 Leistungsverträge abstimmen, welche die Stadt selbständig mit einem Teil ihrer kulturellen Institutionen und Organisationen abschliesst und die in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Drei dieser Verträge unterliegen dem fakultativen Referendum, über die restlichen besitzt der Stadtrat die abschliessende Kompetenz. Zu den 15 Leistungsverträgen kommen zehn weitere hinzu, die der Gemeinderat in eigener Kompetenz beschliesst. Das Kulturkonzept umfasst ausserdem Institutionen, Organisationen und Bereiche, für die keine Leistungsverträge abgeschlossen werden; hinzu kommen Förderkredite. Wir beschliessen also auch über das Gesamtkulturbudget der Stadt Bern.

Zu den RKK-Verträgen: Über diese Verträge werden auch unsere Nachbargemeinden abstimmen respektive haben bereits darüber entschieden. Sie sind ausgehandelt, d.h. wir können sie nicht mehr mittels Anträgen verändern. Vielmehr können wir sie nur noch annehmen oder ablehnen. Hierbei geht es um das Stadttheater, das Symphonieorchester, das Kunstmuseum, das Zentrum Paul Klee und um das Historische Museum. Der Gemeinderat erhielt von der SBK den Auftrag, bei diesen Verträgen noch auf die „Kostenbremse“ zu stehen. Der Gemeinderat hat diese Haltung denn auch vertreten, ist damit aber nur beim Stadttheater teilweise erfolgreich gewesen. Für uns stellt sich die Frage, ob wir das Verhandlungsergebnis trotzdem akzeptieren sollen. Die SBK ist zum Schluss gekommen, dass wir dies tun sollten. Schliesslich geht es um die grössten Vorzeigeobjekte der Stadt, und die Verhandlungsergebnisse sind auf demokratischem Weg zu Stande gekommen. Es bestätigt sich nun zum ersten Mal, dass wir mit dem Zentrum Paul Klee nicht nur im positiven Sinn „das Geschenk haben“. Wir haben in der SBK klar festgehalten, dass die Verträge mit den grossen Institutionen nicht dazu führen dürfen, dass bei den rein städtischen Institutionen Abstriche gemacht werden. Der Gemeinderat legt deswegen eine Vorlage vor, die bei unseren Kulturgeldern prozentual ungefähr die gleichen Aufstockungen vorsieht wie bei den grossen fünf Kulturinstitutionen. Dies ist in einer Zeit, in der wir unter massivem Spardruck stehen, nicht selbstverständlich. Trotzdem wäre der Subventionsbedarf im Prinzip wesentlich grösser – wie die Reaktionen der letzten Tage und Woche gezeigt haben.

Die rein städtischen Leistungsverträge betreffen vier grössere und 22 Klein- und Kleinstinstitutionen. Eine davon, nämlich das Kornhausforum, hätte laut Konzept nicht mehr weiter subventioniert werden sollen. Dieser Entscheid wollte die SBK nicht hinnehmen. Sie schlägt dem Rat deswegen einen Kompromissantrag vor. Zwei Gründe haben zu diesem Antrag geführt: zum einen wollte die Kommission dem Bedürfnis nach einer Institution, die sich mit Design, Architektur, Fotografie und gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzt, keine Absage erteilen und zum anderen hat der Stadtrat und das Volk vor zehn Jahren einer kulturellen Nutzung des Kornhauses zugestimmt. Vor vier Jahren wurde das Gebäude ausserdem umfassend renoviert. Bei anderen Institutionen hat dieser Entscheid allerdings entsprechend schmerzhaftes Opfer zur Folge. Wir legen dem Rat einen kostenneutralen Vorschlag vor. Im Ergänzungsantrag zum SBK-Antrag wird ersichtlich, wo mit Hilfe des Kultursekretärs Christoph Reichenau, das Geld zusammengekratzt wurde. Das Kornhausforum soll laut diesem Vorschlag während einem Jahr mit einem reduzierten Betrag die Räume für Ausstellungen und Veranstaltungen vermieten können. Es ist noch Geld für Öffentlichkeitsarbeit und für den technischen Unterhalt vorhanden. All jene, die uns geschrieben haben, sie bräuchten das Forum unbedingt für ihre Veranstaltungen, können diese weiterhin durchführen. Man wird vermutlich eine neue Leitung für das Kornhausforum finden müssen. Die jetzige Führung hat unmissverständlich dargelegt, dass sie die Leitung unter diesen Umständen auf keinen Fall weiterhin übernehmen möchte.

Der Gemeinderat respektive der Stadtpräsident haben sich uns gegenüber bereit erklärt, diese Aufgabe an die Hand zu nehmen. Wir sind zuversichtlich, dass dies gelingt. Damit haben wir ein Jahr Zeit, um für das Kornhausforum neue Lösungen zu finden. Nicht zuletzt soll auch die viel diskutierte Frage betreffend Miete abgeklärt werden. Diese haben wir in der Kommission genau angeschaut.

Wir haben es mit einem Gesamtkonzept zu tun, das in weiten Kreisen grundsätzlich auf ein positives Echo stösst. Einige Schwerpunkte möchte ich aufgreifen: Die Abteilung Kulturelles und der Gemeinderat setzen einen Schwerpunkt bei der Sparte Tanz. Die Berner Tanztage, das mittlerweile wahrscheinlich bedeutendste Berner Festival, soll besser unterstützt werden und die doch massive Subventionserhöhung der Dampfzentrale soll auch ausschliesslich der Tanzförderung zu Gute kommen. Der Verein Beweggrund, der mit Menschen mit einer Behinderung zusammenarbeitet, soll neu ebenfalls einen Leistungsvertrag erhalten. Bern soll so zu einem „überregionalen Mekka“ für den Tanz werden. Das Kammerorchester ist heute stark untersubventioniert und soll auf ein tragbares Niveau gehoben werden. Auch das Buskers Festival soll neu einen Leistungsvertrag erhalten und über die Subvention für das Theater an der Effingerstrasse haben wir im Rahmen der letzten Budgetdebatte bereits einen Entscheid getroffen, der hier bestätigt wird. Das Theater muss sich allerdings während dem nächsten Jahr, laut unserem Vorschlag, an der Kornhaussubvention beteiligen.

Die Stadtgalerie erhält keinen Leistungsvertrag mehr. Was aber vertretbar ist, solange der Progr sein Angebot anbieten kann. Der Kunsthalle müssen wir neu den Betrag von 213'000.00 Franken bezahlen, den wir früher dem Alpinen Museum gezahlt haben. Der Kanton leistet in diesem Fall keinen Beitrag mehr. Ab 2009 soll die Kunsthalle zusätzlich 60'000.00 Franken erhalten; primär für Bildung und Vermittlung. Im ersten Jahr geht dieser Beitrag auch ans Kornhausforum. Das Kleinstkunstlokal La Cappella erhält zwar keinen Leistungsvertrag, soll aber einen regelmässigen Betriebsbeitrag erhalten und auch die Bereiche Jazz und Rock sollen aufgewertet werden; allerdings sind dort nicht alle Beteiligten gleich zufrieden.

Wir danken Christoph Reichenau für die geleistete Arbeit. Die Kommission wertet das Kulturkonzept als ausgewogen und gut. Die SBK beantragt dem Rat, unseren Anträgen für das Kornhausforum zuzustimmen und auch alle Anträge des Gemeinderats anzunehmen. Selbstverständlich mit den aus unseren Anträgen resultierenden Änderungen. Dies auch dann, wenn einzelne Kommissionsmitglieder gerne noch weniger Geld für Kultur ausgegeben und die Kulturschaffende ihrerseits gerne wesentlich mehr Geld gehabt hätten. Die Anträge der Parteien haben der Kommission nicht vorgelegen und haben deswegen auch nicht diskutiert werden können. Ich gehe aber davon aus, dass wir bei unserer Position geblieben wären, auch wenn diese vorgelegen hätten.

Fraktionserklärungen

Natalie Imboden (GB) für die GB/JA!-Fraktion: „Verschwindet das Geld, dann werden andere Werte geboren.“ Das ist ein Zitat von Harald Szeemann, einem berühmten Berner Ausstellungskurator, geäussert anlässlich der Expo 02, an der eine Geldzerstörungsmaschine Geld vernichtet hat. Rund 30 Mio. Millionen Franken hat diese Maschine vernichtet. Er sagte diesbezüglich weiter, Geld sei eines der letzten künstlerischen Tabus in diesem Land. Heute Abend ist Geld kein Tabu im Kultur- und Kunstbereich. Im Gegensatz zu dieser Geldzerstörungsmaschine geht es heute darum, genau das Gegenteil zu machen, nämlich darum, 30 Mio. Franken in den Kulturbereich der Stadt Bern zu investieren. Im November 2002 haben wir hier im Rat eine breite Kulturdebatte geführt und dabei festgestellt, dass wir in der Stadt ein reichhaltiges Kulturangebot haben. Heute müssen wir Entscheide fällen über ganz konkrete Leistungsverträge und darüber, welche Institution wie viel Geld erhalten soll. Der Gemeinderat macht uns mit den vorliegenden Leistungsverträgen entsprechende Vorschläge. Die

Fraktion misst die vorliegenden Verträge an den Kriterien, die wir schon damals formuliert haben. Wir sagten damals, dass Kulturförderung eine städtische Aufgabe sei und die Gemeindeordnung verbindlich sei. Die Gemeindeordnung besagt: „die Stadt fördert und vermittelt Kultur und insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen.“ In diesem Punkt sind wir mit der Richtung der Strategie einverstanden. Wir haben gesagt, dass Kulturvermittlung wichtig sei, weil der Zugang zur Kultur förderungswürdig ist. Die Kulturlegi war in der Vergangenheit ein wichtiges Symbol dafür, dass auch Leute mit eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten, Kultur geniessen können. Es geht auch darum, weiteren Bevölkerungsschichten – Junge, Migrantinnen und Migranten usw. – in die Kulturproduktion miteinzubeziehen. Diesbezüglich geht die Strategie in die richtige Richtung. Wir sind der Meinung, dass das zeitgenössische Kulturschaffen mehr gestärkt werden muss. Junge Künstlerinnen und Künstler müssen gefördert werden. Hierzu sind materielle Rahmenbedingungen nötig. Es braucht aber auch Freiräume. Es geht also nicht nur allein um Geld. Man benötigt Orte, an denen Aufführungen stattfinden können, man benötigt ein kreatives Konzept und ein kreatives Umfeld, damit die Jungen auch wirklich gefördert werden können. Wir sind ausserdem der Meinung – und hier sind wir nicht ganz einverstanden mit dem Konzept –, dass das zeitgenössische Kulturschaffen Frauen und Männer zu gleichen Teilen zu Gute kommen sollte. Männer sind anscheinend häufig schneller, wenn es darum geht, von den Kulturgeldern zu profitieren.

Wir sind der Meinung, dass die Institutionen ein klares Profil aufweisen müssen. Darum befürworten wir die im Konzept gesetzten Schwerpunkte: Schwerpunkte beim Tanz und bei der Konsolidierung der Dampfzentrale, die in der Stadt ganz klar ihren Platz hat. Damit hat die Unterfinanzierung ein Ende. Ein weiterer Punkt, den wir damals als wichtig erachtet haben, betraf den Kulturlastenausgleich zwischen Region, Stadt und Bund. Hier hat sich leider in letzter Zeit nicht sehr viel getan. Das ist nicht eine Kritik an die Stadt. In diesem Bereich sind Schritte von Seiten des Kantons notwendig. Wir hoffen, dass mit dem kantonalen Kulturförderungsgesetz für die nächste Runde bessere Grundlagen zur Verfügung stehen.

Konkret geht es heute um 32 Mio. Franken. Die Erhöhung beträgt rund 3 Mio. Franken. Dies ist ein klares Bekenntnis zur Kultur in der Stadt Bern und zu mehr Kultur in der Stadt Bern. Gerade vor dem Hintergrund der Sparbemühungen der Stadt, handelt es sich bei dieser Erhöhung um ein klares Bekenntnis. Kulturförderung findet aber nicht im „budgetleeren“ Raum statt, sondern sie muss sich auch mit den finanziellen Begebenheiten konfrontiert sehen. Wir haben in den letzten Tagen unzählige Mails und Briefe erhalten. Es ist gut, dass Kultur zu Diskussionen führt. Häufig hatte ich den Eindruck, dass man von einer falschen Annahme ausgeht. Man geht nämlich davon aus, dass gespart wird. Das Gegenteil ist aber der Fall. Eine 10%ige Zunahme im Kulturbereich ist viel. Wir hoffen, dass man dies anerkennt und nicht paradoxe Spardebatten führt. Was im Moment vor sich geht, kommt schon fast einem „Kulturkampf um Kulturgelder“ gleich. Das ist befremdend. Insbesondere, weil ja die meisten Institutionen mehr Geld erhalten. Eine Ausnahme bildet das Kornhausforum.

Uns fällt auf, dass von diesen 32 Mio. Franken die grossen fünf Kulturinstitutionen weiterhin den grössten Betrag erhalten. Hier war es leider nicht möglich, Korrekturen vorzunehmen. Der Referent hat erwähnt, dass die zusätzlichen Kulturgelder ungefähr gleichmässig auf die grossen und auf die kleinen Institutionen verteilt werden. Wir hätten uns erhofft, dass die städtischen Kulturinstitutionen einen grösseren Anteil der Mehrinvestitionen zugesprochen erhalten. Hier sind in der Zukunft Korrekturen notwendig. Nicht einverstanden sind wir, wenn das Zentrum Paul Klee 2 Mio. Franken mehr erhält. Es wird zwar gesagt, dies sei rein rechnerisch, trotzdem wird in der Höhe von 0.5 Mio. Franken ein Mehrbedarf finanziert. Wenn gleichzeitig zu vernehmen ist – wie dies letzte Woche der Fall war –, dass bereits Defizite vorprogrammiert sind, dann muss sich die Stadt überlegen, ob nicht etwas falsch läuft. Die Fraktion GB/JA! ist der Ansicht, dass wir in diesem Bereich kritisch bleiben müssen. Wenn wir den Vertrag trotzdem unterstützen, dann nur deshalb, weil wir ein Interesse daran haben, mit

den Agglomerationsgemeinden für die nächste Runde eine bessere Lösung zu finden. Es wird gesagt, dass das Zentrum Paul Klee vor allen Dingen für den Tourismusstandort Bern von grosser Bedeutung sei. Vielleicht müsste man sich überlegen, ob die Finanzierung dafür in Zukunft nicht über den Tourismuskredit erfolgen sollte.

Die Fraktion unterstützt die vorliegenden Leistungsverträge. Es haben auch neue Institutionen Platz gefunden wie beispielsweise das Buskers Festival oder der Progr. Es ist wichtig, dass Entwicklungen stattfinden und auch neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden. Die Zusammenarbeit scheint nicht immer beliebt zu sein. Hier braucht es anscheinend den Druck der Politik, damit sie möglich wird.

Der Entscheid des Gemeinderats, das Kornhausforum zu schliessen, ist unseres Erachtens unverständlich. Die Stadtentwicklung ist ein wichtiges Thema in Bern. Ein Thema, das in den letzten Jahren im Kornhausforum immer wieder Diskussionen ausgelöst hat. Damit verknüpft wurden auch gesellschaftspolitische Fragen. Mit dem Kornhausforum hatte man einen Ort, wo diese Themen diskutiert werden konnten. Mit dem Antrag, welcher die Fraktion GB/JA! unterbreitet, wollen wir ein klares Bekenntnis dazu abgeben, dass in der Stadt Bern dem Schwerpunkt Gestaltung, Architektur, Design, neue Medien, langfristig ein Platz zukommen soll. Wir sind der Meinung, dass der Antrag der SBK, der als Kompromissantrag in die richtige Richtung geht, nicht ausreicht, sondern mit einem klaren Bekenntnis ergänzt werden muss. Wir beantragen mit dem vorliegenden Antrag den Erhalt des Schwerpunkts Gestaltung und Architektur. Wir hoffen, dass der Gemeinderat einlenkt und eine langfristige Lösung sucht. In der Volksabstimmung hatte man versprochen, dass das Kornhausforum ein Ort sein soll, der öffentlich genutzt werden soll. Der Forumscharakter ist uns wichtig.

GB/JA! bejaht die vorliegenden Kulturverträge. Die Strategie weist einige Punkte auf, über die wir nicht ganz glücklich sind. Sie hat hohe Ansprüche formuliert. Die Kultur in der Stadt Bern wird ausgebaut. Nun müssen die Arbeiten für das nächste Kulturkonzept an die Hand genommen werden. Wir hoffen, dass diese eine längere Lebensdauer haben und über die nächste Vierjahresperiode hinausgehen.

Anastasia Falkner (FDP) für die FDP-Fraktion: Wir haben heute eine schwierige Aufgabe zu lösen. Zum einen, weil wir als Politiker/innen keine Spezialisten/innen sind und zum anderen, weil für viele Menschen viel auf dem Spiel steht und somit jede unserer Aussagen und all unsere Entscheide be- respektive verurteilt werden. Ich bitte Sie, allen Fraktionen zuzuhören und sich noch einmal zur vorgelegten Kulturstrategie und damit zu den zugeteilten Subventionen Gedanken zu machen und den Mut zu haben, Ihre vielleicht bereits gefasste Meinung zu überdenken. Die FDP-Fraktion ist sich absolut bewusst, dass Kultur für die Menschen enorm wichtig ist. Sich an kulturellen Anlässen zu begegnen, gehört zum Schönen in unserem Leben. Die FDP möchte dies klar mittragen. Aber nicht um jeden Preis. Das uns vorgelegte Kulturkonzept überzeugt uns nicht. Aus diesem Grund lehnen wir es ab. Das Mäzenentum hat fast ausgedient. Wie schön wäre es doch, könnten wir auf eine Familie Medici zurückgreifen, die unsere Kulturinstitutionen unterstützt. Leider können wir dies nicht. Dagegen können wir jene Institutionen in unserer Stadt und in der näheren Umgebung, die vollumfänglich von Privaten getragen werden, unterstützen. Nicht mit zusätzlichen Geldern, sondern durch die Tatsache, dass man sie nicht konkurrenziert durch subventionierte Institutionen. Das einzige, das wir damit erreichen, ist, dass jene, die ohne unsere Hilfe überleben, in nächster Zukunft schliessen müssen oder auch in der „Subventionsschlange“ anstehen müssen. Ein anderes Problem im vorgelegten Strategiepapier wird zu Beginn erwähnt: Die Stadt Bern soll Kulturstadt werden. Aus diesem Grund wurde das Kulturbudget aufgestockt. Die Stadt Bern hat aber immer noch nicht begriffen, dass sie sich nun halt einmal nicht mit Städten wie Zürich, Basel, Wien oder Berlin messen kann. Wir sind zwar Bundesstadt, UNESCO-Weltkulturerbe und eine Brücke zwischen deutscher und französischer Schweiz. Doch genau das ist der

Punkt – schon daran tragen wir schwer und schon das belastet unser Budget. Wie kommt der Gemeinderat dazu, zusätzlich aus Bern noch eine Kulturstadt machen zu wollen. Notabene in allen Sparten. Aus der Strategie wird nicht ersichtlich, dass sich die Stadt in *einer* Sparte hervortun möchte. Die Stadt möchte nicht hinter Basel und Zürich zurückstehen, die den Puls der Zeit gespürt haben und das Potential des Tanzes ausnützen. Auch Bern will das. Gleichzeitig wollen wir aber keine Diskussion darüber führen, ob denn bei dieser Ausgangslage ein Dreispartentheater oder ein Ausbau wie bei der Vidmar-Halle nötig sind. Oder ob Bern nebst Tanzstadt auch noch Jazzstadt werden oder bei den Museen führend sein will. Es wäre wohl nicht wünschenswert gewesen, die eingegangenen Vernehmlassungen eingehend zu prüfen und zu diskutieren. Dafür stürzen wir uns in eine Kulturstrategie, die eigentlich nicht genau weiss, welche Strategie sie denn nun verfolgt. Im gleichen Papier steht ausserdem, dass ein Überangebot an Veranstaltungen festgestellt worden ist. Anstatt nun aufgrund dieser Erkenntnis das Angebot zu straffen, wurden wieder neue Kunstprojekte geschaffen. Urs Frauchiger, Cellist und Autor, hat einmal gesagt, Kultur ohne Geld gehe nicht; Geld ohne Kultur noch viel weniger. Aber Kultur und Geld geht. Genau dies müssen wir als Politiker/innen prüfen. Denn dass wir alle Kultur wollen und dass Kultur wichtig und unterstützungswürdig ist, ist unbestritten. Bestritten ist allerdings, dass wir für alle Kultur genügend Geld haben. Wir sollten den Mut haben, uns – wie das in der Spitzenmedizin der Fall ist – auf Schwerpunkte zu beschränken und diese dafür überregional zu vermitteln. Dort sollten wir Akzente setzen, anstatt ein Kulturprogramm anzubieten, dass dann nur zweitklassig sein kann, weil jedem einzelnen zu wenig Mittel zugesprochen werden können. Das vorliegende Konzept ist keine Lösung. Betrachten wir beispielsweise die angebliche Rettungslösung für das Kornhausforum. Hier soll etwas gerettet werden, das mit vorliegendem Vorschlag nicht gerettet werden kann. Was geschieht denn nach diesem einen Jahr? Es wird konzeptlos und überstürzt dort gestrichen, wo man Versprechungen gemacht hat. Diese Streichungen sind zu hinterfragen. Das Ganze ist unserer Ansicht nach keine Lösung, nur ein weiteres Zeichen dafür, dass wir weit entfernt sind von einer Strategie.

Der Gemeinderat ist bereit, das Kulturbudget aufzustocken. Ist er auch bereit, das, was er teilweise sehr schwammig und unverbindlich in den Verträgen festgehalten hat, durchzusetzen? Unserer Ansicht nach fehlt ein Controlling. Als erstes bei den teilweise prekären Arbeitsbedingungen und den sozialen Unsicherheiten der Kulturschaffenden. Es ist bekannt, dass beispielsweise das Stadttheater trotz der höchsten Subventionen nicht im Stande ist, den Mitarbeitern den Teuerungsausgleich zu bezahlen, obschon dieser in den Subventionen berücksichtigt wird. Das Gleiche gilt auch für die Zusammenarbeit: Das Kunstmuseum und das Zentrum Paul Klee werden jetzt endlich dazu verpflichtet. Damit sollen 150'000.00 Franken gespart werden. Wir begrüssen diesen Ansatz. Aber es ist nur ein Ansatz. Anscheinend kann nur durch Druck etwas erreicht werden. Hätte man nicht auch die Kunsthalle miteinbeziehen können? Die Kunsthalle versucht seit längerem mit dem Kunstmuseum zusammenzuarbeiten und hat auch versucht, ihre Buchhaltung dem Kunstmuseum zu übertragen. Die Buchhaltung geht nun an Private. All diese Versuche sind gescheitert. Jetzt werden neue Verträge gemacht. Es werden mehr Mittel gesprochen, ohne aber zu prüfen, ob die Mittel auch sinnvoll dem Bereich zukommen, für den sie gedacht sind; nämlich der Kunst und nicht der Administration. Gleiches gilt für die Musikszene: Es war nicht möglich, eine Kooperation zwischen BeJazz und Bee Flat zu erreichen. Es scheint auch beim Tanz nicht möglich zu sein, eine wirksame Zusammenarbeit zu erreichen. In diesem Fall bemühen sich fünf Institutionen um die gleiche Kunst. Unser Dreispartentheater, die Dampfzentrale mit genau gleich vielen Produktionen, der Verein Berner Tanztage, der Verein Beweggrund und die Tanz Aktive Plattform. Bei so vielen Trägerschaften wäre eine intensive Zusammenarbeit nötig und würde sicher bei dieser hohen Aufstockung finanzielle Mittel freimachen, um ein Tanzbüro tragen zu können. Für die so genannte „Rettung“ des Kornhausforums soll genau dieses Tanzbüro ge-

strichen werden. Diesem Büro wäre die Aufgabe zugekommen, die Lücke zwischen Kultur und Kunsterziehung in den Schulen zu schliessen. Wenn wir diese Streichung gutheissen, muss die Lücke trotz hoher Aufstockung nicht geschlossen werden und der Tanz wäre auch in diesem Punkt besser gestellt als andere, die das müssen.

Als letzten Kritikpunkt möchte ich noch auf die Kostenwahrheit zu sprechen kommen. Es ist in der Kommission erklärt worden, dass alle Mietkosten eigentlich von der Stadt bezahlt werden. Einmal direkt von der Abteilung Kulturelles, ein anderes Mal indirekt über die Subventionen. Die Dampfzentrale und das Schlachthaus Theater bezahlen keine Mietkosten, sie können den gesamten Betrag für die Erfüllung ihrer Aufgabe einsetzen. Wie viel die Abteilung Kulturelles für die Räume bezahlt, ist nirgends aufgeführt. Ob es auch marktkonforme, nicht verhandelbare Mietzinse sind, wie zum Beispiel beim Kornhausforum, ist ebenfalls unbekannt. Wie will man so die einzelnen Subventionen miteinander vergleichen? Sind es überhaupt noch Kultursubventionen, wenn die Hälfte davon zum Teil für Raummiete gebraucht wird. Wir sollen Verträgen zustimmen, die für die nächsten viereinhalb Jahre gelten. Diese sollten zumindest einheitlich und transparent sein.

Die FDP-Fraktion lehnt die Strategie des Gemeinderats ab. Wir beantragen, dass einzeln über die Anträge abgestimmt wird und zwar gemäss den römischen Ziffern. Wir appellieren noch einmal an alle, den Mut zu haben, und uns nicht von den RKK-Verträgen unter Druck setzen lassen, sondern das, was noch möglich ist, zu retten und eine offene Diskussion über die Strategie zu führen. Was die RKK-Verträge betrifft, wird die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Wir sind zwar der Meinung, dass die Verträge Mängel aufweisen: Sie sind zu wenig verbindlich und ausserdem ist die Durchsetzung von Auflagen unklar oder nicht vorgesehen. Wenn wir aber der Auffassung sind, dass die Stadt die grossen Institutionen weiterhin unterstützen muss, sind sie doch die Eckpfeiler unseres Kulturangebots und wichtige Arbeitgeber, wollen wir diesen nicht im Weg stehen. Wir verlangen aber eine klare Umsetzung und ein klares Controlling. Was alle anderen Verträge und damit die Anträge III und IV betrifft, lehnen wir diese ab und fordern eine offene Diskussion und ein klares Konzept.

Gabriela Bader Rohner (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir diskutieren heute die kulturpolitische Strategie für die kommenden vier Jahre samt ihren finanziellen Implikationen. Allen voran die GFL hat eine derartige Strategie schon länger mit Vorstössen gefordert. Es ging uns darum, einen Gesamtüberblick über die kulturelle Landschaft in Bern zu gewinnen und herauszufinden, wo und wie diese Landschaft angepasst oder gänzlich umgestaltet werden soll. Jetzt liegt diese Strategie vor. Aus unserer Sicht definiert sie klare Ziele und sie zeigt auch den Weg auf, wie diese Ziele zu erreichen sind. Es ist ein komplexes, aufwändiges, mit vielen Details behaftetes Gebilde, das es zu beurteilen gilt. Wir können das Ziel und die Stossrichtung dieser Strategie unterstützen. Ganz besonders wichtige Ziele, die in dieser Strategie formuliert sind, sind für uns die Schaffung eines günstigen Arbeitsumfelds für Künstlerinnen und Künstler. Dazu gehören Auftrittsmöglichkeiten, eine vernetzte Kulturagenda und existenzsichernde Löhne. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Kulturorte ist zum Teil mangelhaft. Ein weiterer wichtiger Punkt ist unseres Erachtens der Zugang aller Bewohner/innen zur Kultur. Und dies unabhängig von Alter und sozialem Hintergrund. Diesbezügliche Stichworte sind kulturelle Projekte an Schulen, die es auszubauen gilt und ausserdem die Kulturlegi. Ausserdem finden wir die Förderung der Kultur der Laien wichtig. Die eigene Betätigung in diesem Gebiet ist genauso wichtig wie das Konsumieren von Kultur. Die Stadt Bern beweist mit ihrer Strategie Mut. In Zeiten von Budgetkürzungen und Sparanstrengungen, die überhaupt keine Tabus kennt und alle Bereiche betrifft, erhöht die Stadt das Kulturbudget um 3.1 Mio. Franken auf rund 32 Mio. Franken. Das ist, auf das Ganze gerechnet, eine hohe Summe. Wir tragen diesen mutigen Entscheid mit. Wir sehen in diesem antizyklischen Verhalten eine

Chance. Wenn wir die Erhöhung befürworten, dann geben wir damit unserer Überzeugung Ausdruck, dass eine Stadt mit einem vielfältigen kulturellen Leben die Lebensqualität aller Bewohner/innen erhöht. Wir glauben daran, dass ein derartiger kultureller Reichtum Lebensenergie gibt, Impulse auslöst und die Stimmung in der ganzen Stadt positiv prägt. Eine derartige Vielfalt bereichert sowohl jede/n einzelne/n als auch die Gemeinschaft als Ganzes. Ausserdem wird dadurch auch die Wirtschaft und der Tourismus belebt. Wichtige Akteure, wenn es darum geht, die in der Strategie formulierten Ziele zu erreichen, sind in erster Linie die kulturellen Institutionen.

Zu den RKK-Verträgen mit den grossen fünf Institutionen: In der Kulturstrategie wird festgehalten, diese seien das Rückgrat der kulturellen Landschaft. Der Begriff Rückgrat impliziert, dass das ganze System der kulturellen Landschaft ohne diese nicht bestehen könnte. Die fünf Institutionen hätten eine zentrale Trägerfunktion inne und die Existenz der anderen sei ohne diese grossen Institutionen gar nicht möglich. Für uns geht dies ein bisschen weit. Natürlich haben sie eine wichtige Funktion. Aber wir sind trotzdem nicht der Meinung, dass immer mehr Geld in die grossen Häuser fliessen sollten. Mindestens ebenso wichtig für das kulturelle Klima ist die Förderung der kleinen Institutionen und der freien Szene. Die fünf Grossen erhalten sehr viel Geld – zwei Drittel des ganzen Budgets, also rund 20 Mio. Franken. Mit der neuen Strategie kommen 2 Mio. Franken der insgesamt rund 3 Mio. Franken umfassenden Erhöhung den grossen Institutionen zu Gute. GFL und EVP haben sich in ihren Vernehmlassungsantworten schon damals kritisch und ablehnend gegen die grosse Konzentration von Finanzmittel für diese Häuser ausgesprochen. Leider ohne Erfolg. Erfolglos war auch der Gemeinderat in den Verhandlungen mit der RKK. Es existiert kein Spielraum. Wir können an diesen Verträgen nichts ändern. Das empfinden wir als stossend und unbefriedigend. Es bleibt uns nichts anderes, als zähneknirschend zu den Verträgen Ja zu sagen. Wir haben die gleichen Bedenken, wie sie meine Vorrednerinnen punkto Zentrum Paul Klee und Stadttheater geäussert haben.

Zu den rein städtischen Subventionsverträgen: Die Strategie setzt Schwerpunkte beim Tanz, beim Jazz und in der Vermittlung. In vielen verschiedenen Bereichen soll die Vermittlung stärker gewichtet und mehr Mittel freigesetzt werden. Wir sind mit dieser Schwerpunktsetzung einverstanden. Der Preis allerdings ist die Streichung von Kornhausforum und Stadtgalerie. Die Fraktion GFL/EVP hat sich in der Kommission dafür eingesetzt, dass der Preis, also die Aufgabe des Kornhausform, kritisch hinterfragt wird. Das Kornhausforum aufzugeben, ist uns in gewisser Hinsicht willkürlich erschienen. Wir sind der Ansicht, dass das Kornhausforum Bereiche abdeckt, die in unserer Stadt sonst nirgends abgedeckt werden. Hinzu kommt, dass das Kornhausforum ein Gebäude ist, dass unserer Ansicht nach unbedingt auch weiterhin öffentlich genutzt werden muss. Und zwar in dieser niederschweligen Art, wie das heute der Fall ist. Eine kommerzielle Nutzung ist für uns nicht vorstellbar. Aus diesem Grund haben wir uns für den Rettungsversuch eingesetzt. Gleichzeitig war auch immer klar, dass der Rettungsversuch nicht eine nochmalige Erhöhung des Budgets bedeuten kann. Unserer Meinung nach wäre das nicht zu verantworten. Wir sind auch davon ausgegangen, dass dafür nicht einmal innerhalb von Rot-Grün eine Mehrheit hätte gefunden werden können. Wir sehen, dass der Vorschlag der SBK das Budget beschneidet und einen Preis von anderen Institutionen verlangt. Wir versprechen uns von der SBK-Lösung einen Zeitgewinn, um nach Lösungen suchen zu können. Alle Kreise sind gefordert. Auch jene, die sich in den letzten Wochen stark gemacht haben und uns Briefe und E-Mails geschickt haben.

Die Mietkosten stellen ein grosses Problem dar. Auch dort sollte innerhalb des Rettungsversuchs, den wir unternehmen, eine Lösungsfindung möglich sein. Bezüglich Mieten, die bei den verschiedenen Institutionen unterschiedlich gehandhabt werden und Anlass zu Unmut gegeben haben, müssen Lösungen gefunden werden. Es muss ersichtlich werden, wer wie viel bezahlt und wohin die Gelder fliessen. Wir unterstützen den Antrag von GB/JA! nicht. Wir wollen bei der vorliegenden Lösung bleiben. Aus unserer Sicht ist die Strategie klar und

transparent und deckt sich in weiten Teilen mit unseren kulturpolitischen Zielen. Die Strategie hat einen langen Entstehungsprozess hinter sich und sehr viel verschiedene Akteure wurden im Laufe der Zeit einbezogen. Bedauerlicherweise konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Wir müssen die nächsten vier Jahre genau beobachten und auswerten, ob sich die Strategie bewährt. Wir werden uns nicht scheuen, wenn nötig Korrekturen anzubringen. Wir sagen Ja zu den Verträgen, zur Strategie, zu den RKK-Verträgen und zu den städtischen Verträgen. Wir lehnen allerdings die SVP-Anträge und den Antrag von Daniele Jenni ab.

Annette Lehmann (SP) für die SP/JUSO: Das vorliegende Geschäft hat viele und lange Diskussionen ausgelöst. Diese werden hoffentlich auch weitergehen. Kultur lebt von der Auseinandersetzung. Einerseits ist das spannend, andererseits kann es auch mühselig sein, weil logischerweise alle den eigenen Kulturbereich verteidigen und möglichst viel Geld bekommen möchten. Die Stadt kann es nicht allen Recht machen, und besonders dann nicht, wenn wir uns in einer Sparrunde befinden. Unsere Aufgabe ist es, zu entscheiden, ob und in welcher Form wir die vorliegenden Verträge und die Kulturstrategie annehmen. Die Aufgabe der Politik gegenüber der Kultur ist weder Kultur selber zu machen noch Kulturinhalte zu beeinflussen. Vielmehr soll sie dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen gegeben sind, dass die kulturelle Vielfalt gewährleistet bleibt und dass genügend und geeignete Infrastruktur zur Verfügung steht. Öffentliche Kulturförderung muss dort intervenieren, wo kommerzielle Kultur nicht hin kommt. Der nicht marktfähige Teil des Kulturschaffens muss im Zentrum stehen. Der Zeitpunkt, über das Geschäft zu beschliessen, ist schwierig. Wir haben gleichzeitig Kürzungsmassnahmen, zum Beispiel bei den Kinderkrippen und Tagesschulen oder Kürzungen bei Leistungsvereinbarungen im Sozialbereich zu behandeln. Wir nehmen hier einen Bereich auf und beschliessen darüber ausserhalb der Budgetdebatte. Da wir noch nicht genau wissen, welche einschneidenden Einsparungen noch auf uns zukommen werden, haben wir uns den Entscheid nicht leicht gemacht. Aber wir dürfen diese Bereiche nicht einander gegenüberstellen. Kultur ist der Lebensnerv einer Stadt. Kultur ist kein Luxusgut, sondern gehört, wie andere Aufgaben, zum gesellschaftlichen und politischen Leben. Die Stadt hat nicht zuletzt wegen ihrer kulturellen Vielfalt eine hohe Lebensqualität. Es stehen grosse Beträge zur Diskussion. Wir müssen diese kritisch hinterfragen und überlegen, was wir uns leisten können und wollen. Es ist auffällig, dass in der Stadt Bern immer mehr Kulturinstitutionen eröffnet und unterstützt werden. Es ist aber bis heute kaum vorgekommen, dass die Stadt einen Betrag kürzt oder die Unterstützung gänzlich wegfällt. Wir unterstützen viele grosse und teure Häuser, die zum Teil für viel Geld renoviert worden sind. Aber ein Konzept, wie man diese Institutionen in Zukunft betreiben will, fehlt.

Die Vorlage enthält grob gesagt vier Teile: Zunächst die RKK-Verträge. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt den Subventionsverträgen mit den fünf grössten städtischen Kulturinstitutionen grossmehrheitlich zu. Damit sind leider schon rund 70% des Kulturbudgets vergeben. Eigentlich ist das zu viel. Wir werden in Zukunft unseren Blick darauf richten und warten schon lange gespannt auf das versprochene kantonale Kulturkonzept. Aber die Vertragsverhandlungen über die RKK-Verträge sind jetzt abgeschlossen und wir können uns im Moment als Stadt sicher nicht erlauben, diese Verträge abzulehnen. Sonst wäre auch unser Ziel nach mehr Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden unglaublich. Einen weiteren Bereich der Vorlage stellen die 25 Subventionsverträge mit weiteren städtischen Kulturinstitutionen dar: Vor allem bei den Verträgen hat unsere Fraktion nach weiteren Möglichkeiten gesucht. Wir haben abgeklärt, ob die Verträge mit den alten Zahlen verlängert werden könnten oder ob die vierjährige Vertragsdauer auf ein oder zwei Jahre gekürzt werden könnte. Im Sozialbereich werden viele Leistungsvereinbarungen für zwei Jahre abgeschlossen. Die SP/JUSO-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass diese Möglichkeiten nicht in Frage kommen, weil der Nutzen daraus, vor allem für die Jahre, in denen wir sparen müssen, nicht ge-

geben ist. Es wäre für die Kulturinstitutionen schwierig, unter diesen Bedingungen ihre Programme zu planen. Ausserdem wollen wir nicht die freie Szene strafen, die sowieso schlechter gestellt ist. Aus diesem Grund stimmen wir auch diesen Verträgen in der vorliegenden Form zu. Wir möchten betonen, dass dieser Entscheid, in der schwierigen Finanzlage nicht einfach gefällt worden ist.

Der dritte Punkt betrifft die Strategie: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die vorliegende Strategie zur städtischen Kulturförderung grundsätzlich, und auch die Richtung stimmt grösstenteils mit der Kulturplattform der SP überein. Wir bedanken uns bei der Abteilung für Kulturelles für die geleistete Arbeit. Viele Gespräche und Verhandlungen wurden mit den verschiedensten Organisationen geführt. Alle konnten ihre Positionen darlegen. Ausserdem haben auch alle die Möglichkeit erhalten, bei der Vernehmlassung der Strategie mitzuarbeiten. Seit der Vernehmlassungsphase ist allerdings viel Zeit vergangen. Durch die Sparmassnahmen sind an der Strategie viele Änderungen – vor allem bei den Beträgen – vorgenommen worden. Wir glauben, dass uns die Diskussion, warum die einen mehr und die anderen weniger Geld erhalten, heute Abend nicht weiterbringt. Unsere Aufgabe ist es, wie bereits erwähnt, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir dürfen diese aber selbstverständlich auch hinterfragen. Wir müssen aber eine Entscheidung treffen und sind uns bewusst, dass nicht alle zufrieden sein werden. Wir nehmen die vorliegende Strategie zustimmend zu Kenntnis. Die Kommissionsanträge haben wir ebenfalls lange diskutiert und stimmen diesen in der vorliegenden Form zu. Eine totale Kürzung des Beitrags für das Kornhausforum hätte nur eine kleine Unterstützung gefunden. Die Bedeutung und die Arbeit des Kornhausforums wird geschätzt und deswegen ist für uns der vorliegende Kompromiss ein gangbarer Weg. Auch wenn dadurch leider auch andere Institutionen Einsparungen hinnehmen müssen. Wir denken, dass mit diesem Kompromiss und mit dem Willen der Betreibenden, das Überleben des Forums gesichert werden könnte. Der Aufschrei über die Schliessung des Forums war gewaltig. Interessant finde ich, dass Claudia Rosiny in einem Interview vom 8. November 2005 gesagt hat, dass es vielleicht besser wäre, ein oder zwei Häuser zu schliessen – auch wenn dies das Kornhausforum betreffen würde. Sie könnte die Entscheidung der Konzentration der Mittel akzeptieren. Den Antrag der GB/JA!-Fraktion lehnen wir ab, weil es uns nicht sinnvoll erscheint, das Konzept für vier Jahre festzulegen. Wir vermissen ein Gesamtkonzept zur Zukunft unserer Institutionen; hier muss zunächst Klarheit geschaffen werden. Ausserdem würden die Beträge erneut und einseitig auf den Kopf gestellt und die freie Szene noch mehr gestraft werden. Dem Rückweisungsantrag der SVP stimmen wir nicht zu, weil wir nicht wollen, dass die Schere zwischen den fünf grossen Institutionen und der freien Szene noch grösser wird. Den Antrag von Daniele Jenni lehnen wir ebenfalls ab. Der Beitrag des Kornhausforums ohne Kompensation zu erhöhen, können wir im Moment nicht unterstützen. Die Anträge von Erich Hess lehnen wir ab. Der vierte Punkt betrifft die Abstimmungsbotschaft; dieser stimmen wir zu. Ausserdem stimmen wir den Kommissionsanträgen zu, möchten aber gleichzeitig betonen, dass der Entscheid nicht ohne kritische Überlegungen gefällt worden ist.

Ueli Jaisli (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Die neue Strategie der Stadt Bern für die Kulturförderung sieht vor, die Sparte Tanz und Jazz allgemein zu stärken sowie eine sichere Grundfinanzierung der Institutionen zu gewährleisten. Dazu wird eine Erhöhung des Subventionsbeitrags um 3.2 Mio. Franken veranschlagt.

Vor rund zehn Jahren hat das Volk entschieden, dass es das Kornhausforum will. Für rund 15 Mio. Franken wurde es renoviert und ausgebaut. Der Betrieb hat sich erfreulich entwickelt und hat heute eine nationale Bedeutung. Jetzt will man das Forum nicht mehr genügend unterstützen. Man spricht einen minimalen Beitrag, der nichts anderes bedeutet, als die Gnadenfrist um ein Jahr zu verlängern. Es fehlen 120'000.00 Franken. Das sind gut 3% der gesamten städtischen Subventionsaufstockung in der Höhe von 3.2 Mio. Franken – ein Skontobeitrag in

der ganzen Angelegenheit. Ringsum werden grosszügig Erhöhungen gesprochen; teilweise über 100%. Auch für Betriebe, bei denen die Stadt noch für die Miete aufkommt. Warum werden eigentlich für die Dampfzentrale und das Schlachthaus Mietzinszahlungen nicht ehrlicherweise als Subventionen ausgewiesen? Wieso kann der Kulturbetrieb der Reithalle mit einem Budget von 30'000.00 Franken ein grosses Angebot erbringen, während sich beispielsweise die Dampfzentrale mit 20 Mal mehr Subventionen – Mietzins eingerechnete – nur dürftig in Szene setzen kann. Auch bei den fünf Grossen steht nicht alles zum Besten. Aber dort sind die Würfel mit dem Abschluss der RKK-Verträge gefallen. Beim Zentrum Paul Klee gibt es viele Fragen und wenig Antworten für die Zukunft. Beim Stadttheater sollte man sich überlegen, einen Förderverein zu gründen. Dessen Mitglieder könnten beispielsweise 500.00 Franken im Jahr bezahlen. Wenn 10% der 100'000 Besucher, die im Jahr das Stadttheater besuchen, diesen Betrag aufbringen würden, käme bereits eine Summe von 5 Mio. Franken zusammen. Dem interessierten und mehrheitlich gut betuchten Publikum wäre es das wohl wert. Es darf nicht sein, dass Kulturschaffende Produktionen erarbeiten, die bei der Bevölkerung nicht auf Interesse stossen. Dies führt dazu, dass das Publikum und damit die Einnahmen ausbleiben. Die SVP-Fraktion kann sich der neuen kostenintensiven und intransparenten Kulturstrategie nicht anschliessen. Die SVP/JSVP-Fraktion weist sämtliche städtischen Subventionsverträge gemäss Ziffer III und IV an den Gemeinderat zurück. Der Gemeinderat wird beauftragt, neue Subventionsverträge auszuhandeln. Die anderen Zusatzanträge lehnen wir ab, abgesehen von dem zur Abstimmungsbotschaft.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Patricia Sandrieser*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.25 Uhr

Vorsitzender

Präsident Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Cristina Anliker-Mansour
Gabriela Bader Rohner
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Conradin Konzetti
Dolores Dana
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Karin Feuz-Ramseyer
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem
Simon Glauser
Thomas Götting
Guglielmo Grossi

Beat Gubser
Erich J. Hess
Beni Hirt
Natalie Imboden
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Stefan Jordi
Rudolf Keller
Markus Kiener
Andreas Krummen
Peter Künzler
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Ursula Marti
Christine Michel
Patrizia Mordini
Erik Mozsa
Philippe Müller
Nadia Omar

Lydia Riesen-Welz
Simon Röthlisberger
Pascal Rub
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stüchelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Rania Bahnan Buechi
Manfred Blaser
Peter Bühler

Myriam Duc
Karin Gasser
Ueli Haudenschild

Mario Imhof
Corinne Mathieu
Reto Nause

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD

Entschuldigt

Barbara Hayoz FPI
Stephan Hügli-Schaad SUE

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
Matthias Uhlmann, Protokoll

Franck Brönnimann, stv.
Ratsweibel
Umut Akdas, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

7 Fortsetzung: Strategie für die städtische Kulturförderung sowie Beiträge an den Betrieb kultureller Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 (Abstimmungsbotschaft)

Einzelvoten

Gisela Vollmer (SP): Bei allem Respekt vor der Tatsache, dass wir heute über eine Strategie für die städtische Kulturförderung beschliessen, braucht es einige kritische Anmerkungen. Es geht dabei vor allem um die gemeinderätliche Absicht, den Betrieb des Kornhausforums abzuwürgen. Die Kommission SBK unterbreitet uns immerhin einen Abänderungsantrag, der den Betrieb des Kornhausforums für mindestens ein weiteres Jahr sichert. Der Antrag ist bezüglich seiner Kompensation bei anderen Kulturträgern auch nicht über jeden Zweifel erhaben. Es ist anerkannt, dass Bern in Sachen Kulturförderung viel tut. Man schmückt sich deshalb auch mit dem Titel Kulturstadt. Dieser Anspruch verpflichtet aber auch dann, wenn Sparen angesagt ist. Mit der beachtlichen Gesamtsumme von Fr. 32 000 000.00 ist die Bundesstadt im Vergleich mit den Pro-Kopf-Ausgaben anderer Städte dennoch nur auf Platz sieben. Für die traditionellen Bereiche wird immer noch der Grossteil der Mittel eingesetzt und auch das neue Paul-Klee-Zentrum fordert seinen Tribut zu Lasten der kleineren Kulturinstitutionen. In der Kulturstrategie finden sich schön formulierte Sätze über die Bedeutung von Architektur und zur Wichtigkeit der Gestaltung des öffentlichen Raums. Es folgt aber dann die unmissverständliche Schlussfolgerung, dass ausgerechnet jene Kulturinstitution, die sich in den letzten Jahren in diesem Bereich hervorragend profiliert hat, aus der Kulturförderung verabschiedet werden soll. Es ist eine Tatsache, dass das Kornhausforum mit einer Vielzahl von bestbesuchten Veranstaltungen mit breitem Spektrum zu einem wichtigen Pfeiler der Kulturstadt geworden ist. Das Kornhausforum leistet einen enormen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung in visuellen, städtebaulichen und architektonischen Fragen. Die Wichtigkeit dieser Kulturvermittlung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Forum hat aber auch unterschiedliche Fachverbände zu positiver Kooperation zusammengeführt. Wenn es jetzt mit fast halbiertem Unterstützungsbeitrag nur noch für ein Jahr Geld bekommen soll, treibt man eine solche Institution in die Abwärtsspirale. Es kommt dazu, dass das Kornhausforum einen wesentlichen Teil der erhaltenen Gelder als Miete der Eigentümerin zurückbezahlen muss. Das wird gerade bei einigen grossen Kulturinstitutionen völlig anders gehandhabt, wie wir vorhin gehört haben. Dass man die praktische Halbierung des Stadtbeitrags an das Kornhausforum nun noch als Schmälerung der anderen Kulturaufgaben ausgibt, ist politisch mehr als unkorrekt. Wir wissen ja, dass einzelne Institutionen neu sogar mehr als das Doppelte erhalten. Konsequenterweise hätte man den Gesamtbeitrag halt entsprechend aufstocken müssen.

Wenn wir den Gemeinderat heute beauftragen, uns noch in diesem Jahr einen neuen Leistungsvertrag mit dem Kornhausforum über das Jahr 2008 vorzulegen, erwarten wir, dass diese neue Vorgabe nicht zu einem Abbau-, sondern zu einem neuen Aufbaujahr wird. Der Gemeinderat muss darin auch eine Perspektive für die weitere Zukunft des Forums unterbreiten. Es wäre ein Schildbürgerstreich und mit dem Label Kulturstadt unvereinbar, ausgerechnet eine der erfolgreichen Institutionen finanziell auszuhungern. Gerade eine Stadt, die sich in verschiedener Hinsicht im Umbau befindet, braucht eine Kulturinstitution, welche die Entwicklung, Architektur und Planung kritisch beurteilt und begleitet. Ich bitte den Stadtrat, dem Zusatzantrag der Kommission zuzustimmen. Ich weise darauf hin, dass die SP bereits im Mai 2005, als es um den Sanierungskredit für das Kornhausforum ging, ein neues Konzept für diese Institution gefordert hat. Wir sind guter Hoffnung, dass jetzt, wo sich mindestens drei

Parteien für die Sanierung des Kornhausforums aussprechen, diesem Anliegen endlich entsprochen wird. Wir fragen den Gemeinderat, wie weit die laufende Sanierung ist, ob man die Sanierungsvorstellung anpassen oder die laufende Sanierung gar stoppen und neu aufgleisen muss.

Daniele Jenni (GPB): Der Kulturstrategie des Gemeinderats wurde vorgeworfen, sie fahre einen Zickzack-Kurs. Das ist wahr und zeigt sich bei der Betrachtung der Strategie bezüglich des Kornhausforums. Ich möchte aber eine andere Eigenschaft der Strategie in den Vordergrund stellen, nämlich ihre Unvollständigkeit. Während der Debatte zur Kulturpolitik vom 10. November 2005 habe ich mir erlaubt, zwei Kulturformen zu erwähnen, die in der Stadt Bern in keiner Kulturstrategie berücksichtigt werden. Sie werden im Gegenteil sogar bekämpft. Es handelt sich einerseits um die ungefragt praktizierte Oberflächenkunst (Sprayer) andererseits um das „Reclaim the streets“ (Spontanaktionen auf öffentlichem Raum, z.B. auch auf Verkehrsflächen). Auf den Seiten 57 und 60 der Strategie finden sich zwei Kapitel mit den Titeln „Kunst im öffentlichen Raum“ sowie „Öffentlicher Raum“. Wir hätten erwartet, dass dort zumindest Ansätze von Überlegungen zu sehen sind, wie man strategisch mit diesen Kulturformen umgehen will. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Man muss daraus schliessen, dass die Kriminalisierung nach wie vor die einzige Umgangsart mit diesen Kulturformen darstellt. Es handelt sich dabei um eine Missachtung dieser Kultur. Sie wird gar als Unkultur behandelt. Das ist keine vorwärts gewandte Position in einer gemeinderätlichen städtischen Kulturstrategie. Alles was von der gängigen Kultur abweicht, wird eigentlich als polizeiliches Problem bezeichnet. Das ist ein Armutszeugnis.

Ich bin nicht überzeugt davon, dass der Versuch des Gemeinderats, das Kornhausforum stillzulegen einzig finanziell bedingt ist. Im Forum wurde auch über Stadtplanung und Stadtentwicklung diskutiert. Es war auch möglich, eine von den Vorstellungen des Gemeinderats abweichende Sicht von Stadtentwicklung aufzuzeigen. Das ist offensichtlich im Gemeinderat und in gewissen Kreisen der Beamtenschaft nicht beliebt. Die finanzielle Lage der Stadt wurde meiner Ansicht nach zum Vorwand genommen, um das unbeliebte Forum zu disziplinieren. Entsprechend habe ich einen Antrag gestellt. Er geht davon aus, dass das Kornhausforum im Jahr 2008 zusätzlich zu den Fr. 410 000.00 für den Mietzins mindestens Fr. 300 000.00 an Mitteln benötigen wird, um existieren zu können und zwar ohne Kompensation. Ich bin der Meinung, dass dieser Betrag für eine Stadt, die für die EURO 08 Fr. 5 650 000.00 im Interesse der UEFA ausgibt, durchaus tragbar ist. Wenn das nicht möglich ist, erachte ich die Prioritäten als falsch gesetzt. Ich bitte den Rat, meinem Antrag zuzustimmen.

Verena Furrer-Lehmann (GFL): Ich möchte mich zum Architekturforum äussern. Ich freue mich sehr, dass dieses Thema mobilisiert und die Zuschauertribüne gut gefüllt ist. Wir könnten diese Unterstützung auch in anderen Geschäften gebrauchen. Das Architekturforum ist etwas Wichtiges. Es hat in der Kulturdebatte von Bern gefehlt, dass die Baukultur, Gestaltungs- und Designfragen ein Thema waren. Weder in den Medien noch in der Öffentlichkeit wurden diese Fragen diskutiert. Unsere Fraktion ist froh, dass es nun ein Architekturforum gibt und wir möchten den Veranstaltenden ein Kompliment machen. Ich bin nicht der Meinung Daniele Jennis, dass die Stadt das Forum im Sinn eines Abmurksens aufgrund unbeliebter Gesprächsthemen stilllegen will. In unzähligen Veranstaltungen habe ich erlebt, dass die Stadtvertretenden zu Wort gekommen sind und ein guter Dialog stattgefunden hat.

Die Kulturförderung ist eine Aufgabe von uns allen. Wir dürfen nicht primär vom Staat erwarten, dass er sie für uns übernimmt. Wir finden richtig, dass die Stadt ein Kornhausforum zur Verfügung stellt. Ebenso ist es aber auch richtig und selbstverständlich, dass man sich engagiert, sowohl finanziell wie personell. Dieses Engagement schätzen und anerkennen wir, es ist aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Letztlich sind die Architektenkreise auch daran

interessiert, dass eine Diskussion stattfindet und Rückmeldungen gemacht werden. Es ist nicht nur Weiterbildung für Architekten und Planer, sondern ein Gewinn für uns alle. In diesem Sinn bitte ich alle, sich weiterhin einzusetzen. Hier im Saal ist eigentlich niemand bereit, das Kornhausforum mit den heute ausgeführten Tätigkeiten zu schliessen. Wir suchen nach einer tragbaren und realistischen Lösung. Extremforderungen auf beiden Seiten bringen uns nicht weiter. Wir sind finanziell in einer schwierigen Situation und sind deshalb stolz darauf, hier dennoch eine Kulturstrategie mit einer Erhöhung des Budgets vorstellen zu können. Diese Leistung ist nicht zu unterschätzen. Wir müssen auch einmal über unseren Schatten springen und die Gesamtsicht über Partikularinteressen einzelner Branchen stellen. Es wurden Schwerpunkte gesetzt und dafür an anderer Stelle Kürzungen gemacht. Unsere Fraktion unterstützt diese ausgewogene Strategie. Die auf vier Jahre ausgelegte Strategie kann zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf jederzeit wieder angepasst werden. Ebenfalls unterstützen wir den Antrag der SBK betreffend die Mietzinse und die Frage eines neuen Konzepts, welches das gesamte Kornhaus mit einbezieht. Wir bitten den Rat, dieser guten Strategie zuzustimmen.

Beat Gubser (EDU): Angesichts der Finanzlage der Stadt ist es erstaunlich, dass Sparen nicht auch bei der Kulturförderung ein Thema ist. Bei Ludotheken und Tagesschulen soll gespart werden, nicht so bei der Kultur. Die Subventionen sollen sogar um Fr. 3 200 000.00 oder um rund 10% wachsen. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt lehnt die EDU dieses Ausgabenwachstum, abgesehen vom Teuerungsausgleich, ab. Im Moment wäre bereits der Status Quo eine Wertschätzung der Kultur. Im Besonderen muss die Situation beim Zentrum Paul Klee betrachtet werden, da es sich noch im Aufbau befindet. Die EDU würde dort einen Zuwachs um die Hälfte der heute geplanten Fr. 900 000.00 unterstützen. Bei der Schwerpunktsetzung bevorzugen wir das Kornhausforum gegenüber dem Tanz, obwohl wir nicht alle Veranstaltungen im Forum toll finden.

Daniel Lerch (CVP): Unter Kultur und Kulturförderung versteht man mehr als das, worüber heute diskutiert wird. Wir sprechen hier vor allem über die Kunstförderung. Im Konzept ist allerdings der Kulturbegriff weiter gefasst. Die Stadt übernimmt Aufgaben für die Kultur, die hier nicht erwähnt sind. In Bern gibt es leider keinen Mäzen vom Format eines Paul Sacher wie in Basel. Bern hat aber die Burgergemeinde und Privatleute wie Maurice Müller oder andere, die sich für Kultur einsetzen. Sie sind wichtige Partner für die Stadt. In der Kultur kann nicht alles Wünschbare realisiert werden. Die CVP ist überzeugt davon, dass der Gemeinderat mit dieser Strategie einen guten Weg aufgezeigt hat.

Die Diskussion rund um das Kornhausforum erinnert an jene um das Theater an der Effingerstrasse. Die Stadt hat dort die Unterstützungsbeiträge gestrichen und man befürchtete, dass es schliessen muss. Heute ist dort etwas Neues und Interessantes entstanden, das man wieder unterstützt. Beim Kornhausforum hätte ich eine ähnliche Reaktion erwartet. In den zahlreichen Briefen, die wir erhalten haben, spürt man die Solidarität mit dem Forum. Ich frage mich, wo diese bleibt, wenn es ums Bezahlen geht. Hinter den Verfassern der Schreiben steht eine grosse Lobby, welche sich problemlos an der Finanzierung des Architekturforums beteiligen könnte. Der Vorstand des Kornhausforums müsste sich aber über die Zukunftsperspektiven klar werden, bevor überhaupt über die Finanzen gesprochen wird. Die CVP ist überzeugt, dass die Übergangslösung der Kommission gut ist, sie erwartet aber mehr Innovation und Professionalität der Leitenden des Kornhausforums. Uns stört die gegenseitige kleinliche Bekämpfung. Statt die Vielfalt gewähren zu lassen, gräbt man sich gegenseitig Kunden und Sponsoren ab. Es wäre besser, die Synergien zu nutzen. Die Stadt hat einen Teil ihrer Verantwortung dargelegt. Nun liegt es an den Kulturschaffenden und an den Leitenden, ihren Teil auch beizutragen und zu zeigen, dass sie mehr können, als nur Geld zu beziehen. Die

CVP sagt grundsätzlich ja zur Strategie. Die Kulturschaffenden müssen aber dafür besorgt sein, dass der Deckungsbeitrag grösser wird.

Simon Glauser (SVP): Keine andere Interessengruppe in unserer Stadt hat eine derart grosse Lobby im Rücken, wie die Kultur. Das meine ich nicht abschätzig. In letzter Zeit habe ich viele Reaktionen erhalten, nachdem bekannt wurde, dass der Gemeinderat das Kornhausforum sterben lassen will. Ich war von der breiten Unterstützung, die das Forum geniesst, überwältigt. Dieses Lobbying hat genützt und wir waren uns in der vorberatenden Kommission recht schnell einig, dass wir mit dem Vorschlag des Gemeinderats bezüglich Schliessung des Kornhausforums nichts anfangen können. Wir forderten eine andere Lösung. Der Leiter der Abteilung Kulturelles, Christoph Reichenau, hat in kürzester Zeit grosse Arbeit geleistet und eine Lösung präsentiert, welche die Kommission SBK nun dem Rat zur Annahme empfiehlt. Für uns war klar, dass das Kulturbudget nicht zusätzlich erhöht werden darf. Dementsprechend mussten wir an anderen Orten Geld einsparen. Dass die Leitung des Kornhausforums mit der präsentierten Lösung nicht einverstanden ist, kann ich teilweise nachvollziehen. Es ist klar, dass sie nicht wollen, dass Gelder zu Lasten anderer Kulturinstitutionen zu ihnen fliessen. Trotzdem sehe ich, dass eine gewisse Unflexibilität auszumachen ist, wenn es darum geht, eine Strategieänderung vorzunehmen und vielleicht den einen oder anderen kommerziellen Anlass mehr durchzuführen, um die benötigten Mittel selber erwirtschaften zu können. Ich verstehe nicht, warum das nicht möglich sein soll. Nachdem die SBK vorgeschlagen hat, das fehlende Geld bei den Tänzerinnen und Tänzern zu streichen, ging das Wehklagen dort los. Die Vertretenden dieser Sparte sahen ihre künstlerische Freiheit gefährdet. Anlässlich eines Besuchs in der Dampfzentrale war zu hören, das Publikum müsse halt nötigenfalls zum modernen Tanz „erzogen“ werden. Diese Kulturform erfordere halt eine bessere Bildung und vertiefte Vorkenntnisse, damit sie verstanden werden könne. Diese Aussage erstaunt mich etwas. Aus meiner Sicht ist Kultur keine Frage der Bildung.

Was die für Kulturschaffende zur Verfügung stehenden Mittel angeht, hätte eine verbesserte Wirtschaftsförderung positive Auswirkungen. Wenn zusätzliche Unternehmen in die Stadt geholt werden, bringt das zusätzliche Steuereinnahmen, was sich auch auf die Kulturausgaben positiv auswirkt. Es kann nicht sein, dass wir in einer Stadt leben, wo wir nur noch Steuern bezahlen um einer elitären Gruppe von Kulturschaffenden das Überleben garantieren. Ebenso ist es nicht angebracht, dass wir ausgerechnet in Zeiten einer angespannten Finanzlage, in welcher alle Direktionen Sparmassnahmen ergreifen müssen, für die Kultur mehr ausgeben wollen. Die SVP/JSVP-Fraktion lehnt die vorliegende Kulturstrategie klar ab. Wir sagen ja zur Kultur. Aber zu einer Kultur, die vom Publikum gefragt ist. Wir fordern den Gemeinderat und den Leiter Abteilung Kulturelles, Christoph Reichenau auf, in Zukunft die Kulturstrategie der Stadt Bern an dieser Maxime auszurichten.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich möchte für das Theater an der Effingerstrasse in Form eines Eventualantrags eine Lanze brechen. Sollte der SBK-Antrag, der den Betrieb des Kornhausforums für das Jahr 2008 mit einem reduzierten Auftrag und Budget weiterführen will, angenommen werden, stelle ich den Antrag, dass auf die Kürzung der Subvention an das Theater an der Effingerstrasse für das Jahr 2008 um Fr. 20 000.00 zu verzichten ist. Der entsprechende Betrag soll prozentual zu den Unterstützungsbeiträgen auf sämtliche Theater aufgeteilt werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb nur das Theater an der Effingerstrasse von einer Beitragskürzung betroffen sein soll.

Rolf Zbinden (PdA): Es ist nicht einsichtig, dass eine lebendige kulturelle Institution in Bern aufgegeben werden soll. Das Kornhausforum hat sich ein Profil erarbeitet, das man nicht so

schnell findet, weder in der näheren noch in der weiteren Umgebung. An der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Zürich beneidet man uns um das Forum.

Es ist schon fast erheiternd, sich anzuhören, wie sich genau jene, die an allen Ecken und Enden für Sparübungen und Steuersenkungen werben, paternalistisch für einzelne kulturelle Institutionen stark machen, indem sie andere Ausgrenzen und alle gegeneinander ausspielen. Es ist bitter mit ansehen zu müssen, wie sich Kulturträgerinnen in einen erbitterten Konkurrenzkampf hineingestossen sehen. Das alles auf einem Terrain, wo ein sinnvoller Wettbewerb gar nicht stattfinden kann. Denn es wird nicht einfach mehr von derselben Konfektionsware angeboten. Es stehen alle Institutionen je für etwas Eigenes, für einen spezifischen Bereich der Kultur. Es ist haarsträubend, zwischen verdienstvollen kulturellen Institutionen recht bescheidene Frankenbeträge hin und her zu schieben, wenn andererseits einem Grosskonzern wie der UEFA für drei lausige Fussballspiele Millionen in den Rachen geworfen werden. Fussball ist Kultur. Aber die Herren der UEFA und des SSV haben den Fussball längst verkauft, das ist kein Geheimnis.

Kultur ist nicht das, was noch dazu kommt, falls man es sich noch leisten kann. Kultur ist nicht das, was einem privilegierten Publikum den Eintrittspreis wert ist. Damit wir uns mit diesen Fragen immer wieder auseinandersetzen können und müssen, braucht es das Kornhausforum. Die PdA Bern fordert eine Lösung, die dem Kornhausforum längerfristig die Weiterführung und Weiterentwicklung seiner wertvollen Vermittlungsarbeit ermöglicht. Wir weisen jeden Kuhhandel zurück, der die eine Kulturinstitution gegen die andere ausspielen will und unterstützen deshalb die Anträge von Daniele Jenni.

Simon Röthlisberger (JA!): Es gibt keine einheitliche Auffassung darüber, was Kultur ist. Sie ist genauso vielfältig, wie es eben auch verschiedene Lebensstile gibt. Es ist aber klar, dass es eine Kulturstrategie seitens der Stadt Bern braucht. Ein kurzer Blick in die Kulturstrategie zeigt, dass ein Missverhältnis herrscht. Dieses wurde heute Abend schon verschiedentlich angesprochen. Einerseits binden die grossen Institutionen sehr viele Mittel und andererseits gibt es die kleinen Institutionen, die hauptsächlich von der Stadt selbst finanziert werden. Es wurde auch das Mandat der SBK erwähnt, das sie an die Exekutive weiter gegeben hat, in dem steht, wie man die RKK-Verträge mit dem Kanton aushandeln soll. Mit dem Resultat sind wir nicht zufrieden.

Bei den freien Kulturschaffenden ist es wichtig, dass die Bedingungen stimmen und sie frei Kultur schaffen können. Es braucht dafür Plattformen. Diese können mittels Fördergeldern oder durch Anbieten von entsprechenden Räumlichkeiten, wie zum Beispiel im Progr, geschaffen werden. Wenn im Kulturleitbild festgehalten wird, dass nach dem Auslaufen des Provisoriums im Progr 2009 bereits Gelder für eine Nachfolgelösung bereitgestellt werden sollen, ist dies ein positiver Aspekt. Wer soll bestimmen, welche Kulturformen förderungswert sind? Soll es der Markt mit seinen ökonomischen Kriterien sein oder eben die Stadt? Aus Sicht der JA! geht es klar darum, dass die Stadt jene Bereiche stärkt, die nicht über eine so starke Lobby verfügen und kulturelle Leistungen erbringen, die sich weniger gut vermarkten lassen. Kunst ist auch ein sozialer Faktor und trägt zum Zusammenleben der Gesellschaft bei. Man geht auch an eine Ausstellung oder an ein Konzert des sozialen Events wegen.

Betreffend das Kornhausforum besteht Einigkeit. Auch die JA! ist der Meinung, dass das Kornhausforum wichtig ist. Es muss erhalten bleiben. Ob in der heutigen Form, ist eine andere Frage. Wir unterstützen im Grundsatz den Antrag der Kommission SBK sowie den ersten Antrag des GB.

Ruedi Keller (SP): Als Gewerkschaftsvertreter des technischen Personals des Stadttheaters kann ich den RKK-Kulturverträgen nicht zustimmen. Ueli Jaisli möchte ich noch sagen: Kultur kann nicht immer wie ein Klein- oder Mittelbetrieb funktionieren. Das Stadttheater ist ein

Grossbetrieb mit 300 Arbeitsplätzen. Der Kulturvertrag für die Theatergenossenschaft ist einem Knebelvertrag ähnlich. Er sieht Entlassungen für das Personal bereits vor. In meinen Augen ist das ein unverantwortlicher Vertrag. Auf Seite 9 in Artikel 32 finden sich folgende Bestimmungen: Ab der neuen Vertragsperiode von 2011-2014 bekommt das Stadttheater Fr. 1 260 000.00 weniger Subventionen. In einem Betrieb, in dem 80% der Kosten Personalkosten sind, bedeutet das nichts anderes als Entlassungen. Ich nehme an, dass davon zwischen 6 und 12 Vollzeitarbeitsplätze betroffen sein werden. Es steht weiter, dass bis Ende 2007 ein neues Konzept erarbeitet werden müsse. Falls dies nicht geschehe, werde die Subvention schon ab 2010 und 2011 je jährlich um Fr. 1 000 000.00 gekürzt. Wenn das eintrifft, hat dies eine Massenentlassung im Stadttheater zur Folge. Rund 10% des Personals müsste entlassen werden. So etwas würde seitens der Stadt bei einem privaten Arbeitgeber niemals geduldet. Der für das Stadttheater vorgesehene Teuerungsausgleich beträgt für die Laufzeit 2%, was nach halbwegs plausiblen Berechnungen der RKK etwa 0,8% pro Jahr ausmacht. In der Stadt Bern besteht allerdings seit 2004 die Pflicht, bei Subventionsverträgen die wirkliche Teuerung auszugleichen. Das wird normalerweise auch gemacht. Für das nächste Jahr ist es allerdings noch nicht klar. Im Stadttheater sind inzwischen 5% nicht ausgeglichene Teuerung für das Personal aufgelaufen. Das führt dazu, dass bereits heute Probleme bestehen bei der Rekrutierung von gutem fachlich qualifiziertem Personal.

Noch ein kleines Beispiel, wie seitens der RKK mit dem Personal umgegangen wird: Die das Stadttheater vertretenden Personalverbände sowie die Arbeitnehmervertretenden aller Bereiche haben sich erlaubt, während der Vernehmlassungsfrist einen Brief an die RKK zu schreiben, der einen Vorschlag enthielt, wie die Teuerung ausgeglichen werden könnte. Erst nach sage und schreibe drei Monaten ging eine Eingangsbestätigung ein, in der darauf verwiesen wurde, dass sie das falsche Gremium für dieses Anliegen seien. Viel zynischer kann man mit Personalanliegen nicht umgehen. Das Stadttheater muss das alles machen, indem es das Leistungsangebot aufrecht erhält, drei Sparten, drei Ensembles und das Orchester im bisherigen Rahmen bezahlt und zusätzlich die neue Spielstätte in den Vidmar-Hallen aufbaut und bespielt. Das kommt einer Quadratur des Kreises gleich. Im selben Zeitpunkt wird die Subvention des Zentrums Paul Klee um Fr. 1 000 000.00 aufgestockt, ohne dass dies unbedingt nötig wäre. Wunderbarerweise gibt das Zentrum Paul Klee genau in dieser Woche bekannt, dass im Jahresabschluss 2006 ein Defizit von Fr. 1 800 000.00 resultiert. Eine Milchmädchenrechnung: Im Jahr 2005 resultierte ein Überschuss von Fr. 800 000.00, nun ein Defizit von Fr. 1'800 000.00. Mit der zusätzlichen Subvention von Fr. 1 000 000.00 wird die Rechnung des ZPK also wieder aufgehen. So etwas würde ich als taktisches Defizit bezeichnen. Damit soll ein Bedarf nachgewiesen werden? Ich finde das skandalös. Wirklich stossend ist auch, dass der inzwischen pensionierte Direktor des ZPK, der diese Meisterleistung vollbracht hat, nun zum Projektleiter für das neue Konzept des Stadttheaters ernannt wird. Da wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Statt so mit Kulturstätten innerhalb der RKK umzugehen, wäre es ehrlicher, wie es die Stadt Zürich gemacht hat, sie zu verschenken. Unterfinanzierung führt weder zu mehr Qualität noch zu sinnvollem Umgang mit dem Personal. In meiner Verpflichtung dem Personal gegenüber lehne ich die vom Gemeinderat vorgelegte Strategie ab.

Erich J. Hess (JSVP): Gute Kultur ist Kultur, welche die Bevölkerung sehen will und nicht eine, die nur für einige wenige Interessierte gemacht wird. Gute Kultur ist selbst tragend. Ich frage mich, weshalb in den Kulturverträgen nirgends eine volkstümliche Gruppe unterstützt wird. Diese Kultur ist gut, sie wird von der Bevölkerung verlangt und sie ist selbst tragend. Der Grundsatz, Kultur mit öffentlichen Geldern aufrecht zu erhalten und damit einen kleinen Personenkreis zu befriedigen, scheint mir falsch. Kultur muss selbst tragend werden in Zukunft. Analog der Strukturbereinigung in der Landwirtschaft müssen wir auch der Kultur die

Möglichkeit geben, einen Übergang von der subventionierten zur selbst tragenden Tätigkeit vollziehen zu können.

Ich stelle den Antrag, dass wir zuerst über die städtischen Subventionen und erst dann über die RKK-Verträge abstimmen. Dies, damit zuerst über unsere Anträge betreffend Einsparungen bei den städtischen Subventionen befunden werden kann. Sollten keine Einsparungen gemacht werden, kann ich den RKK-Verträgen aus finanzpolitischen Gründen auch nicht zustimmen. Ich bin gegen eine Erhöhung des Kulturkredits. Unsere Anträge hätten Einsparungen von Fr. 1 930 000.00 zur Folge. Also nicht einmal einen Betrag in der Grössenordnung der geplanten städtischen Mehrausgaben von Fr. 3 200 000.00 in diesem Bereich. Wir haben uns kompromissbereit gezeigt und ich bitte den Rat, diese Anträge zu unterstützen.

Christian Wasserfallen (JF): Erich J. Hess hat nicht ganz Unrecht. Es kann im Kulturbereich nicht von einer Sparübung gesprochen werden, werden wir doch über Fr. 3 000 000.00 mehr ausgeben, wenn wir den gemeinderätlichen Vorschlag annehmen. Das Kornhausforum muss Abstriche im Umfang von Fr. 120 000.00 machen. Bei einem Budget von Fr. 3 300 000.00 ist das ein verkraftbarer Betrag, der durchaus kompensiert werden kann. Dies würde einen Anstieg der Eigenwirtschaftlichkeit von 26% auf 29% bedingen. Diese 3% mehr Eigenwirtschaftlichkeit sind durch einige wenige zusätzliche Anlässe, die ein breiteres Publikum anziehen, problemlos zu erreichen. Man kann sich also nicht beklagen. Rolf Zbinden hat von einer Schliessung des Kornhausforums gesprochen. Das ist doch nicht zwingend. Die Steigerung der Eigenwirtschaftlichkeit um 3% sollte auch in der Kulturbranche möglich sein. Sollte das Kornhausforum nicht genug kreativ sein, dies zu schaffen, schliessen wir es in der Tat besser. Ich gebe auch noch zu bedenken, dass dort 320 Stellenprozent Fr. 415 000.00 kosten. Das scheint mir sehr viel zu sein.

Natalie Imboden (GB): An die Adresse der SVP möchte ich sagen, dass es nicht unsere Aufgabe ist, die Inhalte der Kultur zu bestimmen. Wir geben lediglich Leitplanken vor, in welche Bereiche und Institutionen wie viel Geld fliessen soll. Es gibt zum Glück eine Kunst- und Kulturfreiheit, die in unserem Land garantiert ist. Ich bin froh, dass wir keine Staats- oder Marktkultur vorgeben müssen. Künstlerinnen und Künstler müssen in ihren Ausdrucksformen frei sein.

Ich finde es sonderbar, wenn Christian Wasserfallen sagt, die Fr. 120 000.00, welche das Kornhausforum weniger erhalten soll, seien locker kompensierbar, wenn dann seine Partei gleichzeitig den Antrag stellt, beim Theater an der Effingerstrasse die Fr. 20 000.00 nicht zu kürzen, da dies angeblich nicht kompensierbar sei. Man muss mit gleichen Ellen messen.

Unser Antrag betreffend Kornhausforum bezweckt ganz klar, das Forum langfristig zu sichern. In dem Sinn geht er eben weiter als der Antrag der Kommission SBK. Er ist aber ergänzend in Punkt 1. Ich möchte dem Stadtratspräsident beliebt machen, dass unser Punkt 1 ergänzend zum Antrag der SBK betrachtet wird. Der SBK-Antrag sieht eine Sicherung des Kornhausforums für ein Jahr vor und danach das Suchen einer neuen Lösung. Unser Antrag sagt, man solle das Kornhausforum langfristig sichern. Bei den Punkten 2 und 3 unterscheidet sich unser Antrag allerdings von jenem der SBK. Wir machen einen Finanzierungsvorschlag für vier Jahre, die SBK lediglich für ein Jahr.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Ich danke für die engagierten Voten. Wenn eine Kulturstrategie so viel zu reden gibt, hat sie ihr erstes Ziel schon erreicht. Eine nicht stattfindende Kulturdebatte ist die schlimmste Debatte, die man sich denken kann. Der Gemeinderat hat 1996 ein kulturpolitisches Konzept beschlossen, das bis im Jahr 2008 hätte in Kraft sein sollen. Die grundlegenden Aussagen von damals sollen auch heute noch gelten. Es ist aber wichtig, dass wir das Konzept für die nächsten Jahre so konkretisieren

können, dass wir wissen, wohin die Reise gehen soll. Dies forderten auch verschiedene Vorstösse aus dem Stadtrat. Der Gemeinderat hat nun die Konkretisierung in Form seiner Strategie zur städtischen Kulturförderung für die Jahre 2008-2011 vorgenommen. Die Strategie ist ein Werk von vielen Beteiligten. Heute Abend wurde hier gesagt, man müsse jetzt dann mal über die Kulturstrategie sprechen. Ein paar Leute scheinen vergessen zu haben, dass wir in den letzten zwei Jahren nichts anderes gemacht haben, als auf breiter Ebene diese Kulturdebatte zu führen, die nun zur vorliegenden Strategie geführt hat. Der Stadtrat hat am 10. November 2005 eine ausführliche Kulturdebatte geführt. Vom Mai bis im Juni 2006 haben sich viele an der Vernehmlassung zum ersten Entwurf der Strategie beteiligt. Vom Herbst 2005 bis im Herbst 2006 hat die Abteilung Kulturelles mit allen Institutionen und Organisationen individuell Gespräche geführt. Seit Herbst 2006 hat sich der Gemeinderat aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses und mit Blick auf die Finanzlage der Stadt mehrmals mit der Kulturstrategie befasst. Insbesondere die Zukunft des Kornhausforums hat die Öffentlichkeit bis heute bewegt. Es soll also niemand sagen, man habe nicht über diese Kulturstrategie gesprochen.

In der Stadtratsdebatte 2005 gingen die Voten ziemlich einhellig in dieselbe Richtung. Dort hat sich ausdrücklich gezeigt, dass sich sämtliche Fraktionen zur Kultur bekennen. Alle haben bestätigt, dass die Kultur für unsere Stadt genauso wichtig sei, wie beispielsweise die Wirtschaft, die Umwelt, Sauberkeit oder Sicherheit. Die Kulturförderung ist ein wesentlicher Teil des Service public dieser Stadt. Sie soll ermöglichen, dass Künstlerinnen und Künstler hier arbeiten können. Sie will für alle Interessierten ein vielfältiges hoch stehendes Kulturangebot bieten. Sie will Kultur vermitteln und den Zugang zu ihr öffnen. Wir haben im Stadtrat schon am 10. November 2005 gesagt, dass es auch nötig sein wird Akzente zu setzen und den Mut zu haben, Entscheidungen zu treffen und nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip vorzugehen. Der Gemeinderat hat nun genau das mit seiner Strategie getan. Dass die Schwerpunkte auch anders hätten gesetzt werden können, ist uns klar. Man soll aber anerkennen, dass der Gemeinderat versucht hat, eine Kulturstrategie zu schaffen, die Akzente setzt, bereit ist politische Verantwortung zu übernehmen und dadurch auch ein kulturpolitisches Zeichen setzt. Dass nun hitzig darüber diskutiert wird, finde ich positiv. Wir wollten die Kulturstadt Bern stärken. Wer hier von Sparen und Verzicht spricht, hat die Strategie nicht gelesen. Wir erhöhen das Kulturbudget 2008 um mehrere Millionen. Das ist ein klares Bekenntnis zur Kulturstadt Bern und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden, die zum Teil am oder unter dem Existenzminimum leben und arbeiten.

Ich finde es völlig falsch, Kultur gegen Fussball auszuspielen. Dieses Schwarzpeterspiel kann schnell zum Bumerang werden. Das hier für die EURO 08 gesprochene Geld, ist nicht das Geld für einen Grosskonzern. Es ist das Geld für die Stadtberner Bevölkerung, die genauso Anspruch hat Freude an einer Fussball Europameisterschaft zu haben, wie sie auch Freude am Stadttheater oder an der Dampfzentrale hat.

Mit den erhöhten Kulturmitteln strebt der Gemeinderat klare Ziele an. Erstens will er den fünf grössten, aber auch den kleineren Institutionen, eine sichere Grundfinanzierung bieten und dadurch eine Entwicklung ermöglichen. Weiter will er die Projekte freier Kulturschaffender besser finanzieren und ihnen in ihrer Arbeit beispielsweise durch günstige Räume, Auftrittsmöglichkeiten, Ankäufe, Austauschateliers und Stipendien die Möglichkeit geben, ihre Existenz besser sichern zu können. Drittens will der Gemeinderat den Tanz fördern und den Jazz stärken. Viertens soll die Kultur von Migrantinnen und Migranten gefördert werden, und fünftens soll die Information über das kulturelle Geschehen in unserer Region verbreitert und vertieft werden. Schliesslich soll die Kunsterziehung, die kulturelle Bildung und Vermittlung von Kunst und Kultur gefördert werden sowie der Zugang zur Kultur weiter geöffnet werden. Der Gemeinderat wählte bei seiner Strategie nicht einfach den Weg des geringsten Widerstandes. Zunächst stellte er sich die Frage, ob nach kulturpolitischer Notwendigkeit alle bestehenden Institutionen und alle getroffenen Massnahmen weitergeführt werden können. Er prüfte, ob

ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden kann, um die verlangten Leistungen erbringen zu können. Wenn man die Controllingberichte anschaut, welche die Abteilung Kulturelles mit den Institutionen erstellt, sieht man, dass sehr genau darauf geschaut wird, ob das in den Leistungsverträgen Vereinbarte auch eingehalten wird. Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass es der Verwaltung und der Abteilung Kulturelles egal sei, was mit den einmal gesprochenen Geldern geschieht. Finanziell gesehen bedeutet die vom Gemeinderat vorgelegte Strategie für die städtische Kulturförderung folgendes: Die Subventionsverträge für die RKK machen mit Fr. 20 100 000.00 jährlich den grössten Posten aus. Die städtischen Subventionsverträge mit 25 Institutionen kosten rund Fr. 5 500 000.00. Für uns einer der wichtigsten Posten, nämlich die direkte Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen, die so genannten Förderkredite, wurde auf Fr. 3 700 00.00 aufgestockt. Das war dringend nötig, denn genau in diesen Bereichen wird zu sehr schlechten Arbeitsbedingungen gearbeitet. Der Gemeinderat glaubt mit seiner Strategie das Ziel 2.2 der Legislaturrichtlinien für die Periode 2005-2008 („Bern ist als Kulturstadt national und international stärker verankert) zu erreichen. Der Gemeinderat hat es sich nicht leicht gemacht, als er den Entscheid zum Kornhausforum gefällt hat. Bei den Verhandlungen ging es nicht um die Weiterführung der Subvention, sondern man hat noch eine massive Erhöhung gefordert. Dafür hat es keinen Platz. Der Gemeinderat hat nicht beschlossen, dass das Kornhausforum schliessen soll. Er hat die Streichung der Subventionen vorgesehen, das ist etwas anderes. Es ist klar, dass jede Aufgabe einer Kulturinstitution ein Minus an Möglichkeiten für Kultur und Lebensqualität hinterlässt. Wir hören immer, unser Angebot sei zu gross. Will man es verkleinern, gehen endlose Diskussionen los, und es werden Partikularinteressen vertreten. Niemand will Abstriche machen. Uns ist auch klar, dass dieser Entscheid Arbeitsplätze betrifft für Leute, die sich in den Dienst der Kultur stellen. Der negative Entscheid des Gemeinderats liegt nicht im Sparen begründet, sondern im Bestreben Akzente zu setzen. Wir wollen die Mittel konzentrieren. Man kann das natürlich auch anders sehen, wie man den Diskussionen in der Kommission SBK entnehmen kann. Man soll aber nicht behaupten, es sei eine Sparübung zu Lasten der Kultur. Die SBK hat uns dann den Auftrag gegeben zu prüfen, inwiefern im Rahmen der bestehenden Finanzstrategie eine Lösung für das Kornhaus gefunden werden könne. Dass man dabei Subventionsbeiträge verkleinern kann, war in der Kommission unbestritten. Man hat sogar gesagt, wo gespart werden soll, nämlich vorrangig beim Tanz und bei der Kunsthalle. Es war klar, dass es schwer werden würde, eine halbwegs zufrieden stellende Lösung zu finden, so lange man von einem Mietzins für das Kornhausforum von Fr. 410 000.00 ausgehen muss. Diesen Mietzins mussten wir aus bestehenden Grundlagen übernehmen. Wir werden mit dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik über die Höhe des Mietzinses diskutieren müssen. Zurzeit besteht jedoch kein rechtlicher Anspruch diesen herunterzusetzen. Die Präsidialdirektion hat schliesslich eine Lösung vorgelegt, die klar sagt, dass der Mietzins nicht durch den Betrieb bezahlt werden muss. Aus dem bestehenden Kulturbudget wurden zudem noch weitere Fr. 180 000.00 zusammengespart. Dieses Geld steht dem Kornhaus in bar zur Verfügung. Dazu kommen weitere Fr. 100 000.00, die vom Kanton gesprochen werden. Alle Einnahmen, die das Kornhaus im Jahr 2008 und in den folgenden Jahren generiert, kommen auch noch zu den Fr. 280 000.00 hinzu. Wir sprechen also von einem Cashout-Betrag für die Führung des Kornhauses von rund Fr. 450 000.00. Das ist vielleicht nicht das, was sich gewisse Leute wünschen, aber es handelt sich auch nicht um einen lächerlichen Betrag, sondern um stattliche Betriebsmittel. Damit können sämtliche Löhne, die Nebenkosten und der Unterhalt bezahlt werden und es verbleibt sogar noch Geld für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Das Markenprodukt Kornhausforum kann aufgrund der geringeren finanziellen Mittel natürlich nicht einfach in der bisherigen Form aufrechterhalten werden. Jedoch kann man sehr wohl mit den verbleibenden Mitteln ein Kornhausforum weiter betreiben, wenn auch in bescheidenerer Form. Damit dies alles möglich ist, haben wir unsere Kulturstrategie schweren Herzens um Fr.

590 000.00 umlagern müssen. Wir haben beim Tanz, beim Jazz, bei der Kunsthalle und beim Theater an der Effingerstrasse Abstriche gemacht. Ich bitte den Rat in diesem Zusammenhang, den Antrag von Jacqueline Gafner Wasem abzulehnen. Es ist völlig falsch, beim Theater an der Effingerstrasse von einer Kürzung zu sprechen. Bis heute hat dieses Haus jährlich Fr. 40 000.00 erhalten. Neu sollte es Fr. 200 000.00 erhalten. Dieser Betrag wurde aufgrund der Umlagerungen danach wieder um Fr. 20 000.00 reduziert. Es resultiert aber immer noch eine Erhöhung um Fr. 140 000.00 und nicht eine Kürzung. Der Gemeinderat will das Kornhausforum im Jahr 2008 erhalten. Alle, die bis anhin im Kornhaus Veranstaltungen durchgeführt haben, können das auch weiterhin machen. Für 2008 wird einzig eine grössere Eigenprogrammation wegfallen, da wir dafür keine Mittel zusammenstreichen konnten. Wenn man den Vorschlag des Gemeinderats annimmt, werden wir die nötige Zeit gewinnen, um zu Verhandeln. Wir brauchen Zeit, um mit der Liegenschaft und mit der Trägerschaft zu verhandeln. Ich hoffe, dass alle, die in der vergangenen Zeit für das Kornhausforum lobbyiert haben, auch mithelfen werden, das Forum längerfristig zu sichern.

Sehr viele Veranstaltungen im Kornhausforum sind regionaler und kantonaler Natur. Für die Fachhochschulen beispielsweise ist das Forum sehr wichtig. Die Fachhochschulen sind aber eine klassisch kantonale Aufgabe. Wir müssen demnach auch darüber sprechen, dass sich auch noch andere an der Finanzierung des Forums beteiligen müssen. Es braucht das Gespräch mit allen.

Das Kornhaus bleibt mit diesem Vorschlag ein öffentliches Haus. Es wird auch weiterhin vom ersten Stock bis unters Dach öffentlich und kulturell genutzt. An den Kornhausbibliotheken ändert sich nichts. Das Kornhausforum steht weiterhin in erster Linie für den Bereich Gestaltung zur Verfügung, vom Kunsthandwerk bis zum Design, von der Architektur bis zur Fotografie. Es wird jedoch mehr als heute ein Vermietungsbetrieb sein und Dritten als Podium zur Verfügung stehen. Das Kornhaus soll dadurch nicht zum Kommerzbetrieb werden, diese Ansicht teilen sowohl der Gemeinderat als auch der Leiter der Abteilung Kulturelles, Christoph Reichenau. Der Bereich Gestaltung wird also nicht heimatlos, er kann im Kornhaus bleiben. Die Frage wird einfach sein, wie wir zukünftig das Haus betreiben und finanzieren können.

Ich bitte den Stadtrat, den SBK-Anträgen, denen sich der Gemeinderat anschliesst, zuzustimmen, vom Strategiebericht Kenntnis zu nehmen und die Verpflichtungskredite für die 15 städtischen Subventionsverträge zu genehmigen. Ebenso bitte ich den Rat, die 5 Subventionsverträge für die grossen RKK-Verträge zu genehmigen. Den Antrag des GB empfehle ich zur Ablehnung, da er in eine falsche Richtung geht. Wenn wir einen vierjährigen Vertrag hätten, könnten wir beispielsweise während vier Jahren nicht mehr über die Höhe des Mietzinses verhandeln. Zudem wäre zum heutigen Zeitpunkt nicht einmal klar, mit wem man einen solchen Vertrag abschliessen könnte. Mit dem ersten Punkt des Antrages habe ich keine Mühe. Ich stehe dazu und werde mich darauf behaften lassen: Auch im Jahr 2008 und in den Folgejahren soll im Kornhausforum der inhaltliche Schwerpunkt im Bereich der Gestaltung, insbesondere Architektur, Design, angewandte Kunst, Video, neue Medien und in der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen liegen.

Alle weiteren Anträge, auch jene von Erich Hess, empfehle ich zur Ablehnung.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Was Alexander Tschäppät zum Theater an der Effingerstrasse gesagt hat, kann nicht einfach im Raum stehen gelassen werden. Sämtliche Theater (Stadttheater, Schlachthaus, Dojo, „Aua wir leben“, Puppenbühne Demenga/Wirth) erhalten neben dem Theater an der Effingerstrasse gemäss Gemeinderatsvorschlag höhere Beiträge. Es ist deshalb nicht einsichtig, weshalb nur das Theater an der Effingerstrasse am Opfer partizipieren soll, damit das Kornhaus weiter betrieben werden kann. Dieses Theater hat bewiesen, dass es mit geringen Subventionen einiges aus eigenem Antrieb erreichen kann. Ich bitte den Stadtrat deshalb, meinen Antrag anzunehmen.

Ordnungsantrag GFL/EVP-Fraktion

Statt erst am Schluss der Sitzung abzustimmen, sollen die Abstimmungen zu diesem Geschäft aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bereits jetzt erfolgen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag GFL/EVP-Fraktion stillschweigend zu.

Beschlüsse

1. Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag SVP/JSVP-Fraktion ab (10 Ja, 47 Nein, 12 Enthaltungen).

Eventualanträge SVP/JSVP zum Gemeinderatsantrag III. 1.

2. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. a. Dampfzentrale ab (22 Ja, 46 Nein).
3. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. b. Kunsthalle Bern ab (10 Ja, 59 Nein).
4. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. c. Schlachthaus Theater ab (10 Ja, 59 Nein).
5. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. a. Bee Flat ab (10 Ja, 58 Nein).
6. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. e. Berner Tanztage ab (22 Ja, 46 Nein).
7. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. f. Camerata Bern ab (10 Ja, 58 Nein).
8. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. g. Grosse Halle der Reitschule ab (11 Ja, 57 Nein).
9. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. h. Kino Kunstmuseum ab (10 Ja, 57 Nein).
10. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. k. Reitschule ab (10 Ja, 58 Nein).
11. Der Rat lehnt den Antrag zu Bst. m. Theatertreffen ab (10 Ja, 57 Nein).

Beschlüsse

1. Der Antrag GB (Pt. 1.) zu den städtischen Subventionsverträgen wird vom Rat stillschweigend genehmigt.
2. Der Antrag GB (Pte. 2., 3., III., IV.) zu den städtischen Subventionsverträgen obsiegt dem Antrag Jenni (33 Ja, 21 Nein, 15 Enthaltungen).
3. Der Antrag Kommission SBK zu den städtischen Subventionsverträgen obsiegt dem Antrag GB (ohne Pt. 1) (50 Ja, 8 Nein, 11 Enthaltungen).
4. Der Ergänzungsantrag zum Antrag Kommission SBK zu den städtischen Subventionsverträgen (IV. I. Theater an der Effingerstrasse) obsiegt dem Antrag Gafner Wasem (44 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltung).
5. Der Rat genehmigt den bereinigten Gemeinderatsantrag III (46 Ja, 23 Nein).
6. Der Rat genehmigt den Gemeinderatsantrag IV (46 Ja, 23 Nein).
7. Der Rat genehmigt den Gemeinderatsantrag I und nimmt die Strategie des Gemeinderats für die städtische Kulturförderung zustimmend zur Kenntnis (37 Ja, 23 Nein, 9 Enthaltungen).
8. Der Rat genehmigt den Gemeinderatsantrag II (56 Ja, 5 Nein, 7 Enthaltungen).

Abstimmungsbotschaft

Antrag Kommission für Soziales, Bildung, Kultur (SBK)

S. 4, rechte Spalte, letzter Abschnitt

„Wo Licht ist, ist auch Schatten. Auch in einem höheren Kulturbudget hat es nicht für alle und alles Platz, wenn Akzente gesetzt werden. **So wird die Stadtgalerie in der heutigen Form geschlossen und das Kornhausforum kann ebenfalls nicht mehr wie bisher unterstützt werden. Für dieses ist eine einjährige gekürzte Subvention vorgesehen. Im Lauf des Jahres 2008 muss der Gemeinderat für das Kornhausforum nach neuen Lösungen suchen.**“

S. 7, linke Spalte:

„Die Stiftung Wyss mit einem Kapital von 20 Millionen Franken wird den Neubau finanzieren ~~(der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen), der 2009 eröffnet werden soll~~, und die restlichen Mittel für künstlerische Aktivitäten der neuen Abteilung zur Verfügung stellen.

Christof Berger (SP) für die Kommission SBK: Beim ersten Antrag der Kommission zur Abstimmungsbotschaft geht es darum, dass man die Anpassungen gemäss unseren eben gemachten Abstimmungen vornimmt. Es bedarf einer neuen Formulierung.

Beim zweiten Antrag geht es darum, den Satz in Klammern betreffend Eröffnung des Neubaus im Jahr 2009 zu streichen. Wir wissen ja heute schon, dass eine Eröffnung bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sein wird.

Natalie Imboden (GB): Ich schlage vor, dass man die Abstimmungsbotschaft unter Punkt 1 betreffend Aufrechterhaltung des Kornhausforums entsprechend unserem vorher gehenden Beschluss anpasst. Ich schlage vor, dem Büro die Kompetenz zu geben, eine geeignete Formulierung dafür zu finden.

Beschlüsse

1. Der Rat genehmigt die beiden Anträge Kommission SBK zur Abstimmungsbotschaft stillschweigend.
2. Der Rat genehmigt die bereinigte Abstimmungsbotschaft (62 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

Der Beschluss lautet:

I

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis von der Strategie des Gemeinderats für die städtische Kulturförderung in Bern 2008 bis 2011 (37 Ja, 23 Nein, 9 Enthaltungen).

II

Er empfiehlt der Gemeinde mit 56 Ja gegen 5 Nein bei 7 Enthaltungen, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten Institutionen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:
 - a. *Stadttheater Bern*
Fr. 37 064 000.00 (Fr. 9 266 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3640101);
 - b. *Berner Symphonieorchester*
Fr. 19 704 000.00 (Fr. 4 926 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650122);
 - c. *Kunstmuseum Bern*
Fr. 9 360 000.00 (Fr. 2 340 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650123);
 - d. *Historisches Museum Bern*
Fr. 5 840 000.00 (Fr. 1 460 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650137);
 - e. *Zentrum Paul Klee*
Fr. 8 596 000.00 (Fr. 2 149 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 110010.3650138).
5. Der Gemeinderat wird ermächtigt, aufgrund der Verpflichtungskredite gemäss Ziffer 1 im Rahmen der Regionalen Kulturkonferenz Bern für die Jahre 2008 bis 2011 Subventionsverträgen mit den Trägerschaften des Stadttheatres Bern, des Berner Sympho-

nieorchesters, des Kunstmuseums Bern, des Historischen Museums Berns und des Zentrums Paul Klee abzuschliessen.

6. Kommen die Subventionsverträge gemäss Ziffer 2 nicht zustande, wird der Gemeinderat ermächtigt, mit den Institutionen eigene mehrjährige Subventionsverträge bis maximal zur Höhe der Verpflichtungskredite gemäss Ziffer 1 abzuschliessen.
7. Für den Fall, dass die Regionale Kulturkonferenz Bern eine Verlängerung der Subventionsverträge gemäss Ziffer 2 um ein Jahr für 2012 beschliesst, werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:
 - a. Stadttheater Bern Fr. 9 266 000.00;
 - b. Berner Symphonieorchester Fr. 4 926 000.00;
 - c. Kunstmuseum Bern Fr. 2 340 000.00;
 - d. Historisches Museum Bern Fr. 1 460 000.00;
 - e. Zentrum Paul Klee Fr. 2 149 000.00.

III

1. Der kulturelle Betrieb des Kornhausforums wird für die nächsten vier Jahre weitergeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt im Bereich Gestaltung, insb. Architektur, Design, angewandte Kunst, Video, Neue Medien und der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen. Aufgrund der neuen Situation hat eine Anpassung der strategischen Ausrichtung zu erfolgen.
2. Der Betrieb des Kornhausforums wird für das Jahr 2008 mit einem reduzierten Auftrag und Budget weitergeführt.
3. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel von Fr. 590'000 werden innerhalb der städtischen Kulturstrategie wie folgt umgelagert: Innerhalb des Finanzrahmens werden im Jahr 2008 Förderkredite um insgesamt Fr. 510 000.00 und die Subventionen an die Kunsthalle Bern um Fr. 60 000.00 sowie jene an das Theater an der Effingerstrasse um Fr. 20 000.00 gekürzt. (dazu IV b. und V I.)
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis zum Herbst 2007 dem Stadtrat einen neuen Leistungsvertrag mit dem Kornhausforum für das Jahr 2008 vorzulegen.

IV

1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten kulturellen Institutionen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:
 - a. *Dampfzentrale*
Fr. 3 800 000.00 (Fr. 950 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650129;
 - b. *Kunsthalle Bern*
Fr. 4 740 000.00 (Fr. 1 140 000.00 im Jahr 2008, Fr. 1 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650124);
 - c. *Schlachthaus Theater*
Fr. 3 640 000.00 (Fr. 910 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650128).
2. Die Verpflichtungskredite nach Ziffer 1 dienen der Finanzierung von Subventionsverträgen, die der Gemeinderat mit dem Verein Kunsthalle Bern, dem Verein Dampfzentrale und dem Verein Schlachthaus Theater für die Jahre 2008 bis 2011 abschliessen wird.
3. Der kulturelle Betrieb des Kornhausforums wird für die nächsten vier Jahre weitergeführt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt im Bereich Gestaltung, insb. Architektur, Design, angewandte Kunst, Video, Neue Medien und der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen. Aufgrund der neuen Situation hat eine Anpassung der strategischen Ausrichtung zu erfolgen.

4. Diese Beschlüsse unterliegen der fakultativen Volksabstimmung nach Artikel 51 Absatz 3 GO.

V

1. Für den Beitrag der Stadt Bern an den Betrieb der nachstehend aufgeführten kulturellen Institutionen und Organisationen in den Jahren 2008 bis 2011 werden folgende Verpflichtungskredite gesprochen:
 - a. *Bee Flat*
Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);
 - b. *BeJazz*
Fr. 320 00.00 (Fr. 80 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650132);
 - c. *Berner Kammerorchester*
Fr. 320 000.00 (Fr. 80 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650126);
 - d. *Berner Tanztage*
Fr. 800 00.00 (Fr. 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650130);
 - e. *Buskers Festival*
Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);
 - f. *Camerata Bern*
Fr. 720 000.00 (Fr. 180 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650125);
 - g. *Grosse Halle der Reitschule*
Fr. 948 000.00 (Fr. 237 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650149);
 - h. *Kino Kunstmuseum*
Fr. 680 000.00 (Fr. 170 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650116);
 - i. *Puppenbühne Demenga Wirth*
Fr. 400 000.00 (Fr. 100 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);
 - k. *Reitschule*
Fr. 1 520 000.00 (Fr. 380 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650104);
 - l. *Theater an der Effingerstrasse*
Fr. 780 000.00 (Fr. 180 000.00 im Jahr 2008, (Fr. 200 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650xxx);
 - m. *Theatertreffen auawirleben*
Fr. 880 000.00 (Fr. 220 000.00 pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 1100.3650139).
2. Die Verpflichtungskredite nach Ziffer IV/1 dienen der Finanzierung von Subventionsverträgen, die der Gemeinderat mit dem Verein Bee Flat, dem Verein BeJazz, dem Verein Berner Kammerorchester, dem Verein Berner Tanztage, dem Verein Buskers Festival, dem Verein Camerata Bern, dem Verein Grosse Halle Reitschule, dem Verein Cinéville (für das Kino Kunstmuseum), der Puppenbühne Demenga/Wirth, der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, der Theater an der Effingerstrasse GmbH und dem Verein Theatertreffen auawirleben für die Jahre 2008 bis 2011 abschliessen wird.

VI

Der Stadtrat bereinigt und genehmigt die Abstimmungsbotschaft (62 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

8 Motion Fraktion FDP (Philippe Müller) vom 22.04.2004: Gegen falsche Signale in der Dampfzentrale – für eine lebendige Kulturpolitik; Abschreibung Punkt 2

Geschäftsnummer 04.000305 / 07/026

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkt 2 der Motion abzuschreiben.

Bern, 14. Februar 2007

Beschluss

Der Rat stimmt der Abschreibung von Punkt 2 der Motion Fraktion FDP stillschweigend zu.

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 9 bis 12 auf eine spätere Sitzung. -

Eingänge

Es werden ein Dringliches Interfraktionelles Postulat, eine Dringliche Motion, eine Dringliche Interpellation und vier Postulate eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Dringliches Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Urs Frieden, GB/Peter Künzler, GFL/Beat Zobrist, SP): Verwaltungsreform: Für ein „Kompetenzzentrum Umwelt“

Von der bevorstehenden Verwaltungsreform ist die Direktion SUE besonders stark betroffen – nicht nur wegen Police Bern, sondern auch wegen der geplanten Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle und möglicherweise einzelner Teile des Stadtlabors. Zudem wurden im Rahmen des Runden Tisches eine Anzahl Sparmassnahmen in Erwägung gezogen, die das heutige AfUL direkt betreffen.

Die Unterzeichnenden akzeptieren diese Vorgaben. Es ist uns aber ein Anliegen, dass die umweltrelevanten Stellen des bisherigen AfUL, soweit sie von den Sparmassnahmen nicht betroffen sind, als Einheit beieinander bleiben. Auf einem derart wichtigen Gebiet, wie es die Umwelt darstellt und in den nächsten Jahrzehnten weiterhin darstellen wird, müssen die Synergien weiterhin optimal genutzt werden – in einer Art „Kompetenzzentrum Umwelt“, das innerhalb der Direktion und in der Stadtverwaltung eine starke Stellung einnimmt.

Synergien innerhalb des heutigen AfUL ergeben sich laufend, unter anderem in Planungsverfahren. Beim Richtplan ESP Wankdorf zum Beispiel liefert das Stadtlabor Daten zur Luftbelastung entlang der Hauptverkehrsachsen und in den Quartieren. Diese Daten sind die Grundlage für den Vollzug der Luftreinhalteverordnung. Bei diesen Planungsgeschäften können so im Vernehmlassungsverfahren die richtigen Präventivmassnahmen gefordert werden. Da die drei Säulen des Umweltschutzes (Messung, Vollzug und Prävention) unter einem Dach enthalten sind, können die Synergien optimal genutzt werden und gewähren deshalb einen effizienten Beitrag an eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Den Unterzeichnenden ist bewusst, dass die Mitsprache des Parlaments bei einer Regierungsreform begrenzt ist. Das vorliegende Postulat ist als Input gedacht, der weder die Kompetenz des Gemeinderates noch die Sparvorschläge des Runden Tisches in Frage stellen will. Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen und zu informieren,

1. welchen Stellenwert er der Umwelt bei der bevorstehenden Verwaltungsreform einräumt
2. in wieweit die umweltrelevanten Teile des bisherigen AfUL als Einheit erhalten bleiben können
3. welche Amtstellen ausserhalb des heutigen AfUL zusätzlich in einem solchen Kompetenzzentrum Umwelt Aufnahme finden könnten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Diskussionen über die Verwaltungsreform sind in der Verwaltung bereits angelaufen. Mit ersten Resultaten ist bereits in wenigen Tagen zu rechnen.

Bern, 22. März 2007

Dringliches Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Urs Frieden, GB/Peter Künzler, GFL/Beat Zobrist, SP), Claudia Kuster, Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Gisela Vollmer, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Anne Wegmüller, Christine Michel, Michael Aebersold, Annette Lehmann, Ursula Marti, Anna Magdalena Linder, Giovanna Battagliero, Gabriela Bader Rohner, Barbara Streit-Stettler, Nadia Omar, Daniele Jenni, Guglielmo Grossi, Susanne

Elsener, Daniel Lerch, Martin Trachsel, Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar, Natalie Imboden, Simon Röthlisberger, Margrith Beyeler-Graf, Conradin Conzetti, Rolf Zbinden, Franziska Schnyder, Thomas Göttin, Christof Berger, Erik Mozsa, Andreas Krummen, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Liselotte Lüscher, Beni Hirt, Ueli Stückelberger, Verena Furrer-Lehmann, Edith Leibundgut

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen, JF): Uneingeschränkter Zugang für gehbehinderte und gebrechliche Personen in der oberen Altstadt mit privaten Motorfahrzeugen statt Schikanierung und Sperre!

Den unerwünschten und lästigen motorisierten Individualverkehr will man von der politischen Mehrheit aus schon lange aus der Stadt verbannen. Diese ideologisierte und kurzsichtige Verkehrspolitik treibt nun aber seltsame Blüten. Gehbehinderte Personen dürfen die obere Altstadt in den Sperrstunden nicht mit dem Auto befahren, was sie noch mehr in ihrer Mobilität unnötig einschränkt. Die Alternativen, die vom Gemeinderat aufgezeigt werden, grenzen an Sarkasmus: So sollen die Menschen mit einer Gehbehinderung zum Beispiel das Taxi nehmen, weil diese uneingeschränkt in der Stadt zirkulieren können oder ihr Auto in den teuren und teilweise weit entfernten Parkhäusern abstellen.

In einer Stadt, wo Millionenbeträge dafür ausgegeben werden um sämtliche Trottoirs abzusenken, damit sie für Rollstühle befahrbar sind oder wo öffentliche Gebäude aufwendig saniert werden, damit sie behindertengängig sind, wird der Zugang mit dem Auto in die obere Altstadt für die betroffenen Menschen massiv eingeschränkt. Nicht einmal der wertvolle und freiwillige Fahrdienst des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) ist von dieser unsinnigen Einschränkung ausgenommen.

Der Gemeinderat zeigt in der Antwort auf einen bestehenden Vorstoss auf, welche rechtlichen Schritte diese willkürliche und schikanöse Zugangssperre auslösen können. Im Sinne der behinderten und gebrechlichen Menschen, die ohnehin schon in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, muss gehandelt und eine faire und sinnvolle Verkehrspolitik umgesetzt werden.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, so dass gehbehinderte und gebrechliche Menschen uneingeschränkten Zugang zur oberen Altstadt mit privaten Motorfahrzeugen erhalten.

Begründung der Dringlichkeit:

Der unhaltbare Zustand in der oberen Altstadt, wo gehbehinderte und gebrechliche Menschen in ihrer Mobilität zusätzlich eingeschränkt werden, muss schnellstmöglich korrigiert werden.

Bern, 22. März 2007

Dringliche Motion Fraktion FDP (Christian Wasserfallen, JF), Karin Feuz-Ramseyer, Pascal Rub, Hans Peter Aeberhard, Markus Kiener, Anastasia Falkner, Sandra Wyss, Philippe Müller, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli, Thomas Balmer, Yves Seydoux

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats bejaht.

Dringliche Interpellation Ernst Stauffer (ARP): Poller Posse bricht nicht ab

Am 19. Oktober 2006 verlangte ich in einer kleinen Umfrage zu den scheinbar nicht enden wollenden Stöpseldrama folgende Auskunft:

1. Wann nimmt die Ouverture endlich ein Ende?

2. Wer ist verantwortlich für diese so genannte Verkehrsberuhigungsmassnahme?
3. Wer bezahlt schlussendlich den offensichtlichen Leerlauf? Die Stadt? Die Ersteller? Oder beide?

Am 16. November 2006 beantwortete Gemeinderätin Rytz meine Fragen unter anderem dahin, dass die Poller seit dem 2. November 2006 funktionsfähig seien und die aufgetretenen Fehler unter Garantie fallen, somit werde der städtische Baukredit nicht belastet. Offenbar glaubte die Gemeinderätin, dass ihre Antwort den Tatsachen entspreche. Ich glaubte dies auch und gab mich mit der Antwort zufrieden.

Dem ist offenbar nicht so, den Medien konnte entnommen werden, dass die Sache mit den – Pollern nicht funktioniert, laut BZ vom 17. März 2007 haben Zeugen beobachtet, wie mindestens ein halbes Dutzend Velofahrer von den hochschnellenden Pollern in die Luft geschickt wurde. Oder in der gleichen BZ vom 17. März 2007 kann der Zeitungsleser oder Leserin neben einer Karikatur mit aufgespiesstem Auto unter anderem folgendes lesen:

Zitat: „Im letzten November wurden in der Hotelgasse ebenfalls Poller installiert. Dort wurde am Donnerstagmorgen die Posse zum Drama, als Ruedi Marti (43) mit seinem Peugeot von einem Pfahl aufgespiesst wurde. Die Ölwanne und der Motor meines Autos sind im Eimer, klagte er gestern. Ich fahre nie mehr über einen versenkten Poller, sagte er. Den Schaden an seinem Auto von 10 000.00 Franken müsse das Tiefbauamt bezahlen, meint Ruedi Marti.“ Ende des Zitats.

Nicht nur Autolenker, sondern auch Velofahrer sind also gefährdet, das gibt zu denken.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, die Poller-Posse sei abubrechen? (Die Strassen wurden ja seinerzeit für den Verkehr gebaut und nicht für Schikanen.)
2. Kann das Verkehrsproblem nicht durch Signalisation gelöst werden?
3. Wer ist für die Schäden verantwortlich?
4. Wer muss letztlich bezahlen?
5. Bleiben die finanziellen Aufwendungen überhaupt noch in der Kompetenz des Gemeinderats oder übersteigen sie den Betrag von 300 000.00 Franken?
6. Was sieht der Gemeinderat für Lösungsmöglichkeiten?

Begründung der Dringlichkeit:

In der Poller-Angelegenheit muss etwas Geschehen, bevor weitere Unfälle passieren.

Bern, 22. März 2007

Dringliche Interpellation Ernst Stauffer (ARP), Lydia Riesen-Welz, Beat Gubser, Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Erich J. Hess, Thomas Weil, Beat Schori, Stefan Bärtschi

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats bejaht.

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Fachliche Einführung ehrenamtlicher Mitglieder der Partizipationsgruppen (Quartierkommissionen) mittels Weiterbildungs-Modulen

Damit Gemeinderat und Verwaltung nicht mit Dutzenden kleiner und grösserer Quartier-Organisationen einzeln verhandeln muss, wurden pro Stadtteil je eine repräsentative Partizipationsgruppe aufgebaut.

Die Arbeit in diesen Quartierkommissionen wird ehrenamtlich geleistet, von vielen engagierten Quartierbewohnenden, die aber teilweise wenig Vorkenntnisse bezüglich Organisation der Stadtverwaltung und politischer Abläufe mitbringen. Oft ist ihnen zudem unklar, welche Aufgaben und Rechte ihrer Kommission zustehen und was Gemeinderat und Verwaltungszweige

von ihr erwarten. Entsprechend gross ist leider manchmal der Reibungsverlust innerhalb der Kommissionen und in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung.

Personen, die sich freiwillig und ehrenamtlich für die Quartierkommissionen zur Verfügung stellen, sollen die Möglichkeit haben, sich seriös in ihre Aufgabe einzuarbeiten. Entsprechend sollte von der Stadt eine Einführung angeboten werden. Damit könnte die Arbeitsqualität innerhalb der Kommission erhöht und die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung wesentlich effizienter gestaltet werden.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, für die ehrenamtlichen Mitglieder der Partizipationsgruppen (Quartierkommissionen) eine freiwillige Einführung und Weiterbildung mittels verschiedener Module mit folgenden Inhalten anzubieten:

1. Politische Kernprozesse und demokratische Abläufe – Kompetenzen Gemeinderat, Stadtrat, Souverän
2. Strukturen, Organisation und Aufgaben der Stadtverwaltung
3. Zusammenspiel Politik-Verwaltung: worauf kommt es an?
4. Struktur, Organisation und Funktionsweise der Quartierkommissionen
5. Erwartungen Gemeinderat und Verwaltung an Quartierkommissionen
6. Sachbereiche, in denen die Quartiermitwirkung besonders gefragt ist
7. Kennen lernen der wichtigsten Ansprechpersonen der Verwaltung für die Quartierkommissionen

Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

Die Teilnahme an 1- bis 2-mal jährlich stattfindenden Einführungs- oder Weiterbildungs-Modulen fördert zudem die erwünschte Vernetzung der verschiedenen Stadtteile. Sie soll für die Teilnehmenden kostenlos sein.

Bern, 22. März 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Christof Berger, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Claudia Kuster, Michael Aebersold, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Guglielmo Grossi, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Stefan Jordi, Beni Hirt, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset

Postulat Fraktion GB/JA! (Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller, JA!): Wettbewerb Zukunft des alten Progymnasiums – weiterhin Kulturproduktion im PROGR?

Der Gemeindeart hat ein Wettbewerbsprogramm zur Umnutzung des ehemaligen Progymnasiums verabschiedet und will das Gebäude im Baurecht abgeben. In den Vorgaben zum Wettbewerb sind keine verbindlichen Auflagen zur kulturellen Nutzung des Gebäudes vorhanden (z.B. ein definierter Anteil Kultur). Dies steht im Gegensatz zu den ökonomischen Überlegungen und den rigiden Auflagen der Denkmalpflege. Es besteht überdies die Bedingung, dass bei den eingegebenen Projekten die Finanzierung gesichert sein muss, d.h. ein Investor muss verbindliche Zusagen gemacht haben. Dies ist eine einseitig, insbesondere auf finanzielle Aspekte ausgerichtete hohe Hürde für die Projekteingaben, die einen Ausgleich zugunsten der kulturellen Nutzung nötig macht.

Der PROGR wird seit Sommer 2004, befristet bis Mitte 2009, erfolgreich als Zentrum für Kulturproduktion zwischengenutzt. Das Projekt hat sowohl lokal Nutzen entfaltet als auch national Anerkennung und Aufsehen erlangt. Für Künstlerinnen und Künstler bieten sich hier Möglichkeiten, an zentraler Lage in der Stadt Kultur zu schaffen und diese einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Haus ermöglicht den Austausch zwischen Kulturschaffenden verschiedener Sparten sowie Altersgruppen und schafft Synergien.

Das Zentrum für Kulturproduktion wurde bei der Lancierung lediglich als Zwischennutzung konzipiert, doch hat es sich zum erfolgreichen Pilotprojekt weiterentwickelt. Es fragt sich grundsätzlich, wie die Stadt mit diesem neuen kulturellen Potential umgeht.

Der Stadtrat hat im Anschluss an die Kulturdebatte vom November 2005 verschiedene Postulate zum PROGR erheblich erklärt. Die Mehrheit des Stadtrats beurteilte eine Mischnutzung (inkl. kultureller Nutzung) des Gebäudes als sinnvoll.

Das vom Gemeinderat genehmigte Wettbewerbsprogramm nimmt die Anliegen des Stadtrats – im PROGR eine kulturelle Teilnutzung zu ermöglichen – nur ungenügend auf. Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, im Wettbewerb bei der Auswahl der Projekte folgende Kriterien zu beachten und die Auflagen der Denkmalpflege zu überarbeiten:

1. Mindestens 1/3 der heutigen Gebäudefläche werden kulturell genutzt (u.a. Kulturproduktion, günstige Ateliers, Ausstellungsraum).
2. In den eingereichten Projekten müssen verbindende Elemente vorhanden sein, welche die Öffnung des Hauses für die Bevölkerung ermöglichen (u.a. Ausstellungs- und Konzerträume).
3. Die rigiden Auflagen der Denkmalpflege zum Umbau des Gebäudes werden zugunsten einer öffentlichen und kulturellen Nutzung überarbeitet.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Wettbewerb zur zukünftigen Nutzung des alten Progymnasiums wird im März ausgeschrieben. Will der Stadtrat auf den Ausgang des Wettbewerbs Einfluss nehmen, muss dies jetzt geschehen.

Bern, 22. März 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller, JA!), Natalie Imboden, Myriam am Duc, Daniele Jenni, Christine Michel, Urs Frieden, Rolf Zbinden, Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar, Franziska Schnyder

Die Dringlichkeit wurde vom Stadtrat abgelehnt.

Postulat Fraktion GB/JA! (Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller, JA!): Zukunft des alten Progymnasiums – kulturelle Nutzung und Baurechtsvertrag zugunsten der Kultur

Der Gemeindeart hat entschieden, einen Wettbewerb für das ehemaligen Progymnasiums durchzuführen und das Haus im Baurecht abzugeben. Es bietet sich für die Stadt die Möglichkeit, nicht nur über die Auswahl des Projekts die Zukunft des Hauses zu bestimmen, sondern auch über den Baurechtsvertrag zu steuern: Ein reduzierter Baurechtszins für den Gebäudeteil mit kultureller Nutzung und das Festhalten der kulturellen Nutzung im Baurechtsvertrag sind solche Möglichkeiten

Es stellen sich auch Betriebsfragen für die kulturelle Nutzung: Das heutige gute Funktionieren des PROGR hängt wesentlich mit der sorgfältigen Kuration des Hauses zusammen. Dank den Kuratorinnen werden die Auswahl der Kulturschaffenden, die Zuteilung der Ateliers und die künstlerischen Aktivitäten im PROGR koordiniert. Diese Koordination ist für ein lebendiges Atelierhaus unabdingbar, weil damit eine gute Durchmischung der verschiedenen Sparten und Kunstschaffenden stattfindet. Will die Stadt ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der kulturellen Nutzung behalten, so muss sie diesen jetzt bei der Abgabe des Gebäudes definieren - auch wenn das heutige Zentrum für Kulturproduktion nach der Phase der Zwischennutzung nicht mehr am heutigen Standort untergebracht sein wird.

Der Stadtrat hat im Anschluss an die Kulturdebatte vom November 2005 verschiedene Postulate zum PROGR erheblich erklärt. Die Mehrheit des Stadtrats beurteilte eine Mischnutzung

(inkl. kultureller Nutzung) des Gebäudes als sinnvoll. Ebenfalls überwies der Stadtrat Vorstösse, die für die Zeit nach der Zwischennutzung einen Ersatzstandort für das Zentrum für Kulturproduktion fordern.

Unseres Erachtens besteht auch im Rahmen der geplanten Umnutzung des ehemaligen Progymnasiums die Möglichkeit, auf beschränktem Raum das Zentrum für Kulturproduktion darin weiterzuführen. Eine Querfinanzierung des Kulturanteils durch die kommerzielle Nutzung ist eine Finanzierungsmöglichkeit.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, im Hinblick auf die zukünftige Nutzung folgende Betriebs- und Konzeptfragen zu berücksichtigen und Verpflichtungen im Baurechtsvertrag festzuhalten:

1. Es wird geprüft, ob das heutige Zentrum für Kulturproduktion im alten Progymnasium – als Nutzer des drittel Kulturanteils – bleiben kann.
2. Die dauerhafte kulturelle Nutzung des PROGR wird im Baurechtsvertrag festgehalten.
3. Zu Gunsten der kulturellen Nutzung wird ein reduzierter Baurechtszins gewährt.
4. Die kulturelle Nutzung des alten Progymnasiums geschieht in Koordination mit der Abteilung Kulturelles der Stadt Bern.

Begründung der Dringlichkeit:

Baurechts- und Betriebsfragen stehen in engem Zusammenhang mit der Erarbeitung der Wettbewerbseingaben. Der Wettbewerb wird bald ausgeschrieben. Es ist deshalb sinnvoll, dass der Stadtrat rasch über den vorliegenden Vorstoss entscheidet.

Bern, 22. März 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Simon Röthlisberger/Anne Wegmüller, JA!), Franziska Schnyder, Daniele Jenni, Cristina Anliker-Mansour, Myriam Duc, Christine Michel, Urs Frieden, Rolf Zbinden, Hasim Sancar, Franziska Schnyder

Die Dringlichkeit wurde vom Stadtrat abgelehnt.

Postulat Ernst Stauffer (ARP): Das unschöne Baugerüst am Münster

Jahrelang klebte das unschöne Gerüst am Münster. Mit dem Wechsel des Münsterarchitekten wurde das Baugerüst (genannt Rucksack) den auch entfernt. Nach einem Unterbruch klebt das Gerüst aber wieder konstant auf der andern Seite des Münsters.

2008 findet die Euro 08 statt. Die Fussballfans reissen sich um Tickets für die Euro 08 in der Schweiz und in Österreich. Anfragen kommen aus der ganzen Welt. 2,5 Millionen Tickets aus 128 Ländern sind schon bestellt.

Eine gute Werbung für Bern. Postkarten, Bilder in der Presse und am Fernsehen werden in der ganzen Welt von der Stadt Bern mit dem legendären Münster zu sehen sein. Wenn nichts unternommen wird, ein Münster mit dem verunstaltenden Baugerüst.

Ich bitte deshalb den Gemeinderat, bei den zuständigen Stellen des Münsters den Wunsch, oder das Begehren anzubringen, dass während der Euro 08 das Münster ohne Baugerüst ist. Dass das Münster ohne das verunstaltende Baugerüst in aller Welt auf Photos, in den Medien und im Fernsehen wahrgenommen wird.

Bern, 22. März 2007

Postulat Ernst Stauffer (ARP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Stefan Bärtschi, Manfred Blaser, Beat Schori, Lydia Riesen-Welz, Dieter Beyeler

Schluss der Sitzung: 22.25 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Matthias Uhlmann*